

EUROPA

Der Zusammenschluss von mittlerweile 28 Ländern in der EU hat in Europa zu einer langen Zeit des Friedens geführt. Die Zusammenarbeit hat in den Mitgliedsstaaten selbst zur Weiterentwicklung der Demokratie beigetragen. Dies gilt in besonderem Maße für die Gleichstellungspolitik, zum Beispiel bei den Themen Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Frauen in Führungspositionen und Gewalt gegen Frauen.

In der letzten Zeit aber wächst die Skepsis gegenüber der europäischen Idee. Rechtspopulistische Parteien auch in Deutschland wollen die EU schwächen und ihren Einfluss auf nationale Politiken mindern. Aber auch die Bundesregierung blockiert die Annahme wichtiger Richtlinien der EU, etwa aus grundsätzlichen Erwägungen die Ratifizierung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie, weil Gleichbehandlung Angelegenheit der Nationalstaaten sei. Damit bewirkt sie, dass in anderen europäischen Ländern Diskriminierungen aufgrund von Behinderung, „Rasse“ oder sexueller Orientierung erlaubt bleiben, die in Deutschland längst gesetzlich verboten sind. Es ist daher gut, dass mit Bewegungen wie Pulse of Europe mehr und mehr Menschen für Europa auf die Straße gehen; zugleich bedarf es großer und gezielter Anstrengungen der politischen Institutionen, um die EU zu stärken. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie der wachsenden Skepsis gegenüber der EU entgegenwirken?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Die beste Medizin ist ein Europa, das Probleme löst und den Zusammenhalt stärkt. Wir streiten für eine bessere EU, die ökologischer, demokratischer, sozialer und den Werten der Solidarität, Humanität und Weltoffenheit verpflichtet ist. Wir wollen deshalb ein Initiativrecht für das Europäische Parlament und mehr Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten sowie einen besseren Zugang zur Europäischen Bürgerinitiative. Wir streiten für eine starke Klima- und Energieunion mit ambitionierten Zielen bei erneuerbaren Energien. Mit einem neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt wollen wir gezielt in die öko-soziale Modernisierung Europas investieren – finanziert durch einen Steuerpakt, der ungerechtes Steuerdumping und -hinterziehung beendet und Millionen neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze, vor allem für die junge Generation schafft. Unionsweit wollen wir uns für verbindliche Sozialstandards durch eine Mindesteinkommens-Richtlinie einsetzen. Rechtsstaatlichkeit soll in jedem EU-Mitgliedstaat regelmäßig, unabhängig und verbindlich überprüft werden. Wir wollen eine	Im Gegensatz zu vorherigen Befürchtungen hat die Entscheidung der Briten für den Brexit nicht zu einer Schwächung des europäischen Zusammenhalts geführt. Vielmehr zeigen Wahlergebnisse in einigen und Umfragen in fast allen EU-Mitgliedstaaten, dass der Zuspruch zur Europäischen Union wieder deutlich angewachsen ist. Auch die verbleibenden EU-27 haben klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre gemeinsame Zukunft in einer starken und handlungsfähigen Europäischen Union sehen. CDU und CSU wollen den Zuspruch zur Europäischen Union noch weiter stärken. Dafür müssen wir für die Aufgaben und Probleme, bei denen die Europäische Union gefragt ist, gemeinsam gute Lösungen erarbeiten. Wir stehen für ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa. Ein Europa, das imstande ist, seine Interessen zu wahren und sich seiner internationalen Verantwortung zu stellen. Ein Europa der Freiheit, Sicherheit und der Prosperität, die es – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann. Bei	DIE LINKE fordert einen Kurswechsel zur Überwindung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der EU: Eine Vermögensabgabe ab einer Million Euro könnte ein Investitionsprogramm für öffentliche Dienstleistungen und den sozial-ökologischen Umbau finanzieren. Eine EU-weit koordinierte Steuer-, Struktur- und Sozialpolitik sollte die wachsende Spaltung in Arm und Reich überwinden und ein soziales Fortschrittsprotokoll den Vorrang der Binnenmarktfreiheiten gegenüber sozialen Rechten in den EU-Verträgen umkehren. Das strukturelle Demokratiedefizit der EU wächst: Nationale Parlamente verlieren Kernkompetenzen, während das EU-Parlament schwach bleibt. Unter Einfluss von EU-Kommission und Lobbygruppen entscheidet vor allem der Rat der nationalen Regierungen über das Leben der Bürger*innen. DIE LINKE fordert die grundlegende Demokratisierung der EU, Transparenz und volle Parlamentsrechte. Wir wollen echte Volksbegehren und -entscheide in der EU. DIE LINKE fordert einen Neustart der EU mit	Europa ist ein großartiges Projekt, das uns Frieden, Freiheit und Wohlstand bringt. Wir Freie Demokraten wollen Europa wieder zu einem Kontinent der Chancen machen. Wir treten für mehr Europa und europäische Lösungen ein, wo es sinnvoll ist. Daher wollen wir einen gemeinsamen Datenschutz, einen Energiebinnenmarkt, einen stabilen Euro, eine gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sowie eine abgestimmte Terrorismusbekämpfung. Zudem fordern wir weniger Bürokratie und mehr Bürgersouveränität. Denn nur so kann Europa künftig ein Freiheitsprojekt sein. Wir Freie Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa. Wir stehen zum Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt und wollen die GASP der EU stärken. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und	Wir stehen für ein modernes Europa. In ihm sind Kompetenzen aufgeteilt zwischen dem Nationalstaat, den es langfristig geben wird, und einem Europa, das ihn ergänzt, an Stellen, an denen der Nationalstaat an seine Grenzen stößt: Das gilt für den Klimawandel, die Migration, die Bekämpfung des Terrorismus, gemeinsame Sozialstandards, eine gemeinsamen Steuerpolitik, die äußere wie innere Sicherheit, die Verteidigungsunion und für Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsinitiativen. Dafür wird Europa dann die Instrumente brauchen, damit es sich durchsetzen kann. Nach innen, wie nach außen. Ein modernes Europa werden nicht die Vereinigten Staaten von Amerika auf europäischem Boden sein, aber es wird mehr sein als die Addition nationalstaatlicher Interessen auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners. Dieses Europa wird mit den Instrumenten ausgestattet sein, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit durchsetzen zu können, nach innen und nach außen. Es wird die Politische Union der Vereinigten

	<p>solidarische und humane EU-Asylpolitik vorantrieben mit einer fairen Verteilung von Flüchtlingen, sicheren Fluchtwegen, sowie einer nachhaltigen Bekämpfung von Fluchtursachen in Herkunftsstaaten wie durch fairen Handel.</p>	<p>der Frage der Zuständigkeit lassen wir uns vom Grundgedanken der Subsidiarität leiten: Die Europäische Union soll nur dort tätig werden, wo die Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen nicht bessere Lösungen anbieten können.</p> <p>Europäische Gesetzgebungsverfahren müssen noch transparenter und effizienter werden. Deshalb wollen wir die Folgeabschätzung von EU-Gesetzesentwürfen weiter stärken. EU-Recht wollen wir in Deutschland grundsätzlich einzu-eins umsetzen. Auch so vermeiden wir Bürokratie. Wo immer möglich, sollte den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen eigenes Ermessen eingeräumt werden, um bürgernah und wirtschaftsfreundlich handeln zu können.</p> <p>Gerade angesichts der Vielfalt in der Europäischen Union müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger problemlos über europäische Entscheidungen informieren können. Informationen müssen im Sinne größtmöglicher Bürgernähe so schnell wie möglich in den unterschiedlichen EU-Amtssprachen zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>In der Europäischen Union stehen wir vor mehreren Herausforderungen, die wir besser gemeinsam bewältigen können. Hierzu gehören z. B. die Vervollständigung des Binnenmarktes, um mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, die dauerhafte Stabilisierung des Euro-Raums, der Schutz der Außengrenzen oder die Stärkung der gemeinsamen Verteidigung.</p>	<p>neuen Politiken und Verträgen. Dabei setzt sie auf aktive Bürger*innen, die ihre berechnete EU-Kritik von chauvinistischen Kräften abgrenzen.</p>	<p>Sicherheitspolitik sollte dabei eine Schlüsselposition als „EU-Außenministerin“ zukommen.</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlamentssitzen. Die EU-Kommission kann auf 16 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen. Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten Kammer entwickeln. Dort kann jeder Mitgliedstaat seine Position öffentlich vortragen. Mit diesen Reformen schaffen wir Transparenz und Effizienz, die wichtigsten Bausteine für eine gelungene Integration.</p> <p>Es muss außerdem ein Staateninsolvenzrecht für die Eurozone und die strenge Kopplung von Hilfgeldern für überschuldete Euro-Staaten an marktwirtschaftliche Reformen geben, um die Zukunftsfähigkeit und die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung der Europäischen Union zu sichern und zu gewährleisten.</p>	<p>Demokratien von Europa sein, die den größten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Welt darstellt.</p>
--	--	---	--	---	---

Werden Sie die Blockade der EU-Outenrichtlinie und der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	<p>Wir haben die Gleichstellungsimpulse der EU immer unterstützt. Daher haben wir die Blockade der schwarz-gelben wie schwarz-roten Bundesregierungen einer EU-weiten Quotenrichtlinie im Bundestag wie im Europaparlament kritisiert. Wir bedauern, dass die Bundesregierung hier eine maßgebliche Rolle beim Stillstand in diesem Bereich gespielt hat, und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass eine Quotenregelung auf der EU-Ebene verabschiedet wird.</p> <p>Wir wollen ein diskriminierungsfreies Europa – im beruflichen Leben wie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir haben daher den Vorschlag für eine fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie von Beginn an massiv unterstützt. Sie würde den Diskriminierungsschutz zum Beispiel beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen auch auf die Merkmale Behinderung, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität erstrecken. Im Europäischen Parlament haben die Grünen sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass diese fünfte Anti-Diskriminierungsrichtlinie von der EU-Kommission auf den Weg gebracht wurde. Auch im Bundestag haben wir mit parlamentarischen Initiativen die neue Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützt. Denn leider ist im Ministerrat die schwarz-rote Bundesregierung einer der Hauptbremsen. Diese Haltung wollen wir aufbrechen. Wir treten dafür ein, dass die nächste Bundesregierung die neue</p>	<p>In Deutschland sind viele dieser Regelungen bereits seit Jahren durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz von 2006 im Arbeits- und Zivilrecht verankert. Eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie könnte den in Deutschland erreichten Standard nicht verbessern, würde aber dagegen Rechtsunsicherheit und mehr Bürokratie erzeugen. CDU und CSU sind zudem der Ansicht, dass es gegen die EU-Quotenrichtlinie und die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie auch nationalstaatliche Bedenken gibt.</p>	<p>Ja. Die LINKE fordert beides seit langem. So haben wir auch im Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen („Frauenquote“) mehrfach von der Bundesregierung gefordert, ihre Blockadehaltung gegenüber der Quotenrichtlinie aufzugeben. Auch der Beschluss der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie ist überfällig, um Menschenrechte auch jenseits des Arbeitsrechts besser durchzusetzen. Für beide Richtlinien machen wir uns außerdem im Europäischen Parlament stark.</p>	<p>Aber auch die Bundesregierung blockiert die Annahme wichtiger Richtlinien der EU, etwa aus grundsätzlichen Erwägungen die Ratifizierung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie, weil Gleichbehandlung Angelegenheit der Nationalstaaten sei. Damit bewirkt sie, dass in anderen europäischen Ländern Diskriminierungen aufgrund von Behinderung, „Rasse“ oder sexueller Orientierung erlaubt bleiben, die in Deutschland längst gesetzlich verboten sind. Werden Sie die Blockade der EU-Quotenrichtlinie und der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben?</p> <p>Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder eines sonstigen Status. Die Unterdrückung oder Angriffe auf andere Menschen und Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft. So treten wir entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegen und setzen uns dafür ein, LGBTI-Projekte in der EU aber auch weltweit zu fördern und bei Strafverschärfungen gegen LGBTI die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen bzw. Sanktionen zu</p>	<p>Beide Richtlinien werden seit Jahren im Europäischen Rat blockiert. Dies liegt teilweise an der Blockade Deutschlands, aber auch andere Länder haben in Bezug auf die beiden Richtlinien Bedenken angemeldet. Wir als SPD setzen uns für eine fortschrittliche Lösung zu beiden Richtlinien ein, um dem Ziel der vollen Gleichstellung weiter näher zu kommen. Unser Ziel ist es auch, die Frauenquote weiter zu steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte auszudehnen.</p>

	<p>Antidiskriminierungsrichtlinie aktiv unterstützt und auf eine schnelle Verabschiedung drängt.</p>			<p>verhängen. Die Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützen wir demnach.</p>	
--	--	--	--	--	--

Befürworten Sie die Annahme einer notwendigen umfassenden Strategie der EU zur Bekämpfung von Gewalt und wie wollen Sie diese mitgestalten?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>keine Antwort</p>	<p>Deutschland kann die Gefahr des Terrors nicht alleine lösen. Es braucht eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit angesichts eines grenzüberschreitenden Terrorismus auch und vor allem innerhalb der Europäischen Union. Diese muss nach klare definierten rechtsstaatlichen Kriterien und Aufgaben ablaufen. Wir setzen bei der inneren Sicherheit auf effektive Kriminalitätsbekämpfung statt Symbolpolitik - auch in Europa. Wir wollen die Zusammenarbeit der Polizei in Europa deutlich verbessern, z.B. wollen wir die Nutzung der bereits vorhandenen polizeilichen Datenbanken durch die Mitgliedstaaten erhöhen und Institutionen wie Europol stärken.</p>	<p>Gewalt und insbesondere häusliche Gewalt ist eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. CDU und CSU begrüßen daher alle Maßnahmen zur Prävention.</p> <p>Ein Baustein in der Bekämpfung von Gewalt war die Ratifizierung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.</p> <p>Für CDU und CSU gilt in der Rechtspolitik neben einer konsequenten Strafverfolgung der Grundsatz „Opferschutz vor Täterschutz“. Gewalt ereignet sich nicht nur fernab vom persönlichen Umfeld, sondern häufig in unserer unmittelbaren Umgebung. Von Gewalt betroffen sind vor allem Frauen, aber auch Männer, alte Menschen, Pflegebedürftige und Behinderte. Opfer von Straftaten haben ein Recht auf Anerkennung, Unterstützung und Schutz. Dies gewährleisten zu können, ist uns ein zentrales Anliegen. Die Prävention und Beseitigung sowie der Schutz und die Betreuung der Opfer von allen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen liegen im Verantwortungsbereich der Länder. Die Bundesländer erfüllen diese Aufgabe nach Maßgabe der im Grundgesetz angelegten und landesrechtlich ausgestalteten Aufgabenverteilung gemeinsam</p>	<p>Jeder Mensch ist – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Lebensentwurf - effektiv vor Gewalt zu schützen. Dies muss auf bundespolitischer Ebene rechtlich verbindlich verankert und auf EU-Ebene um entsprechende Strategien und Vernetzungen ergänzt werden, wo dies erforderlich ist. Sicherer, schneller und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe, zum Beispiel in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Beratungsstellen, müssen den Betroffenen zugänglich sein – unabhängig von körperlichen Beeinträchtigungen, ihrem Aufenthaltsstatus oder ihrer Lebenssituation. Wie diese Schutzmaßnahmen ausgestaltet werden müssen, ergibt sich aus den jeweiligen konkreten Bedürfnissen und besonderen Lebenslagen der Betroffenen bzw. der von Gewalt Bedrohten, z.B.: gefährdete Frauen (mit Kindern), Opfer von Menschenhandel, asylsuchende Frauen, LSBTTIQ*-Menschen usw</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind gegen jegliche Form von Gewaltdemonstration und -entfaltung. Dieses werden wir sowohl innenpolitisch als auch auf EU-Ebene in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern umsetzen. Ebenfalls werden wir uns für Maßnahmen gegen EU-Staaten einsetzen, die dauerhaft Grund- und Menschenrechte verletzen. Wir beobachten die innenpolitischen Entwicklungen in einigen EU-Staaten mit Sorge. International setzen wir Freie Demokraten uns für die weltweite Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) ein. Der IStGH ist bei schwersten Menschenrechtsverletzungen zuständig, sofern die Strafverfolgung im eigenen Land nicht willens oder nicht in der Lage ist, die Verbrechen vor Gericht zu bringen. Zahlreiche Länder haben die Statuten des Gerichtshofes nicht unterzeichnet oder ratifiziert, unterlaufen die Gerichtsbarkeit oder kündigten gar ihre Mitgliedschaft aus politischen Gründen wieder auf. Als Freie Demokraten unterstützen wir mit Nachdruck seine Arbeit und Stärkung. Nur durch ihn können auch einzelne Amtsträger konsequent zur Verantwortung gezogen werden und rechtsstaatliche Prinzipien weltweit zur Anwendung kommen.</p>	<p>Ein Leben frei von Gewalt für alle Frauen in der EU und weltweit ist eine der Prioritäten der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland und Europa. Deshalb setzen wir uns auch für eine Richtlinie zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen auf europäischer Ebene ein. Nur so kann ein einheitliches Schutzniveau in der gesamten Union garantiert und Tätern effektiv Einhalt geboten werden.</p>

		<p>mit den Kommunen.</p> <p>Der Bund übernimmt unmittelbar Verantwortung mit dem Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, damit Frauen einen niedrigschwelligen Weg in das Hilfesystem finden. Darüber hinaus nimmt er mittelbar auf das vor Ort bestehende Hilfesystem und dessen Finanzierung Einfluss, soweit es um individuelle Leistungsansprüche gewaltbetroffener Frauen nach den Sozialgesetzen geht.</p> <p>Bund und Länder arbeiten eng in der Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen zusammen. Dies geschieht insbesondere im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppen „Menschenhandel“ und „häusliche Gewalt“ unter der Geschäftsführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Aufgrund des umfassenden Kompetenzspektrums auf Länderseite gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen.</p> <p>Mit dem Präventionsgesetz ist es uns in dieser Legislatur zudem endlich gelungen, Rahmenbedingungen vorzugeben, die darauf abzielen, die Gesundheit im direkten Lebensumfeld der Menschen zu fördern. Die Prävention von Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die in den verschiedenen Projekten zur Gewaltprävention gesammelten Erfahrungen werden alle Verantwortlichen nutzen, um diesen Bereich weiter zu stärken.</p>			
--	--	---	--	--	--

Wie werden Sie zu einer menschenrechtlich orientierten Flüchtlingspolitik der gesamten EU beitragen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	<p>Wir brauchen einen Neuanfang in der „Fluchtursachenbekämpfung“: Denn, gute Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Heimat überhaupt erst verlassen zu müssen. Alle wünschen sich eine nachhaltige wirtschaftliche und demokratische Entwicklung in den Herkunftsländern. Wer aber Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit oder für die Konfliktprävention kürzt, verstärkt die Fluchtgründe. Das wollen wir ändern.</p> <p>Wir werden legale und sichere Wege für Flüchtlinge nach Europa schaffen. Zum einen durch den Ausbau des UN-Aufnahmeprogramms aus Flüchtlingslagern (Resettlement-Kontingente). Wir wollen zudem die Erstaufnahmeländer (wie z. B. Jordanien, den Libanon) darin unterstützen, menschwürdige Aufnahmebedingungen zu gewährleisten und den Flüchtlingen eine echte Integrationsperspektive in ihrem Land anzubieten. Zudem werden wir es wieder ermöglichen, dass gerade auch syrische Bürgerkriegsflüchtlinge ihre Familien nachholen können.</p> <p>Ebenso setzen wir uns für ein Ende der Blockade durch nationalistische Regierungen gegenüber einem europäischen Verteilungsmechanismus ein. Wir wollen, dass Geflüchtete in effizienten europäischen Aufnahmeeinrichtungen identifiziert, registriert und - im Hinblick auf eine Weiterverteilung auf die europäischen Mitgliedstaaten - auch umfassend informiert werden. Dabei ist für uns Grüne klar: Diese Aufnahmeeinrichtungen dürfen nicht zu Flüchtlingslagern</p>	<p>Die europäische Antwort auf die Flüchtlingsfrage muss auf drei Säulen stehen: Erstens Humanität und Hilfe für die wirklich schutzbedürftigen Menschen. Schnelle Integration derjenigen, die bleiben dürfen. Zweitens Bekämpfung der menschenverachtenden Aktivitäten der Schleuser, damit Migranten ohne Schutzanspruch sich nicht auf die gefährliche Überfahrt nach Europa machen. Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen CDU und CSU deshalb entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen. Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Drittens wollen wir gleichzeitig helfen, gemeinsam mit internationalen Organisationen die Lebensbedingungen in den Herkunfts- und Transitstaaten der Migranten zu verbessern. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen.</p> <p>CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass in Europa die Verantwortung für Flüchtlinge, die verfolgt oder in großer Not sind und somit einen Schutzanspruch haben, gemeinsam wahrgenommen wird. Hier müssen alle europäischen Staaten ihrer Verantwortung nachkommen.</p>	<p>Es ist mit einem demokratischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von Menschen auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres Europa im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren vor den Grenzen der EU interniert werden. Zur Beseitigung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der EU-Mitgliedsstaaten benötigt. Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Dies würde Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden. Fahren statt Frontex: Die Abschottungsagentur Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden. Jegliche Zusammenarbeit mit der so genannten libyschen Küstenwache muss sofort beendet werden. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des EU-Asylsystems sind von Repression und Überwachung, Entmündigung und Entrechtung geprägt. Wir brauchen eine humane Asylpolitik, d.h. faire Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen in der gesamten EU. Das Dublin-System ist gescheitert. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem finanziell hergestellt werden („Fluchtumlage“). Wir wollen das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates für die Geflüchteten. Die Verantwortung, Flüchtlinge zu schützen, darf nicht</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingspolitik inner- und außerhalb der EU zu einer menschenrechtlich orientierten Politik weiterentwickeln. Wir wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flüchtlingskrise zu meistern, braucht es die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen. Zudem wollen wir Freie Demokraten die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit europäischen Nachbarregionen im südlichen und östlichen Mittelmeer lösen. Wenn Partnerländer der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der Libanon oder Jordanien, wollen wir sie neben stark erhöhten finanziellen Beiträgen für Einrichtung und Betrieb des Schul- wie auch Gesundheitswesens bei der</p>	<p>Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung. Wir wollen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen. Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir stehen für ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.</p>

	<p>verkommen.</p>		<p>auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden.</p>	<p>Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollen Investitionen aus der EU vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem wollen wir mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen. Deutschland und die EU müssen die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen. Zudem muss bereits in den betroffenen Staaten über Wege regulärer Migration aufgeklärt und dafür geworben werden. Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen. Effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit müssen weiterentwickelt werden. Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden. Gleichzeitig ist aber entscheidend, dass Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden müssen. Oberste Priorität hat die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben des Antragstellers oder der Antragstellerin unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind.</p>	
--	-------------------	--	---	--	--

Werden Sie sich für die Annahme einer neuen EU-Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern ab 2021 einsetzen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Die EU war über lange Jahre eine wichtige Impulsgeberin für Gleichstellung. Wir setzen uns dafür ein, dass sie diese Rolle behält. Daher setzen wir uns für eine starke Gleichstellungsstrategie aus, die besonders im Bereich Gewalt gegen Frauen und Lohnungleichheit endlich legislative Schritte vorsieht.	<p>Die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sowohl national als auch international ist ein wesentliches Ziel von CDU und CSU. Die Europäische Union hat die Gleichstellungspolitik in den Mitgliedstaaten in den letzten Jahrzehnten nachhaltig geprägt und mit vielfältigen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern beigetragen. CDU und CSU haben mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vier EU-Richtlinien umgesetzt; der Schutz vor Diskriminierung oder Benachteiligungen ist in Deutschland besonders hoch.</p> <p>Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Das Ziel von CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.</p> <p>Um die Gleichstellung voranzubringen, wurde unter unserer Regierungsverantwortung die Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft sowie das Entgelttransparenzgesetz verabschiedet. In der nächsten</p>	Unbedingt. Dass die derzeitige Kommission auf eine Gleichstellungsstrategie verzichtet hat, bedeutet einen Rückschritt für die Gleichstellungspolitik in Europa, für die die EU bisher als Motor gegolten hatte.	Wir Freie Demokraten wollen die komplette Gleichstellung von Frauen und Männern ab sofort. Wir verurteilen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder eines anderen Merkmals. Die Unterdrückung oder Angriffe auf Frauen sind stets Angriffe auf die Freiheit einer ganzen Gesellschaft.	Im Europäischen Parlament haben sich die SPD-Europaabgeordneten explizit für eine neue Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter nach 2015 eingesetzt. Dabei konnten sie auf die Unterstützung der deutschen Familienministerin sowie auf die deutsche Stimme im Europäischen Rat zählen. Dass die Kommission nach langem Zögern schlussendlich nur das Format eines internen Arbeitsdokuments gewählt hat, entmutigt uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jedoch nicht. Wir werden uns auch weiterhin für eine Nachfolgestrategie einsetzen und dabei Prioritäten, Maßnahmen und Zeitrahmen fordern, wie wir es bereits im Bericht des Europäischen Parlaments getan haben.

		Legislatur wollen wir die Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst entschlossen vorantreiben. Wir wollen sie bis spätestens 2025 abschließend erreicht haben.		
--	--	--	--	--

Vielfalt

Nach wie vor werden in der Bundesrepublik Menschen auf Grund ihres Geschlechts diskriminiert. Das gilt für heterosexuelle Frauen im Vergleich zu heterosexuellen Männern. Das gilt aber auch und insbesondere für Lesben, Schwule, intergeschlechtliche Menschen und Transpersonen. Sogar körperliche Gewalt gegen sie hat in letzter Zeit wieder zugenommen. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie der Ausgrenzung und Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung entgegentreten?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Frage: Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie der Ausgrenzung und Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung entgegentreten? Wie stehen Sie zu einem eigenen Geschlechtseintrag für Inter*- und Trans*-Menschen? Wie wollen Sie lesbische und schwule Minderjährige vor sogenannten Konversionstherapien schützen? Wie werden Sie die Gleichstellung von Regenbogenfamilien befördern?</p> <p>Antwort: Unser Grundgesetz gewährt allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder sonstigen Eigenschaften gleiche Rechte. Wir betrachten diese Regelung als ausreichenden Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Art. Die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen zu</p>	<p>Religiöse Fanatiker und rechte Hetzer wollen LSBTI aus dem öffentlichen Leben drängen, sprechen ihnen gleiche Rechte und gleiche Menschenwürde ab. Auf Schulhöfen, in Fußballstadien und in bestimmten Musikszenen tauchen immer wieder menschenfeindliche Parolen auf und bereiten den Boden für Gewalt. Weghören gilt nicht, wenn gegen Minderheiten gehetzt werden. Wir stehen für eine Politik der Vielfalt: aktive Prävention von Vorurteilen, klare Kante gegen Anfeindungen, Ausgrenzung und Gewalt.</p> <p>Zwei küssende Männer in der Öffentlichkeit, Kinder mit zwei Müttern, Selbstbestimmung für trans* und inter* Menschen, Schulen, in den queere Jugendliche so sein können, wie sie sind: All das ist leider noch keine Selbstverständlichkeit. Dies zu ändern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen für Vielfalt und Respekt und gegen Menschenfeindlichkeit kämpfen. Das betrifft sowohl Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik als</p>	<p>CDU und CSU werben für Toleranz und wenden sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Um einen wirksamen Diskriminierungsschutz in Deutschland sicherzustellen, wurde mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartner für alle von Diskriminierung betroffenen fungiert, als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt.</p>	<p>Die Bildungs- und Aktionspläne der Länder sind fortzuführen und müssen in allen Bundesländern implementiert werden. Hier steht der Bund in der Pflicht zu garantieren, dass der Flickenteppich nicht weiter existiert. Die 2009 von Rot-Rot in Berlin gestartete Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller (und geschlechtlicher) Vielfalt“ hat bundesweit Schule gemacht. DIE LINKE setzt sich für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangeboten ein. Dies sollte auf Bundesebene koordiniert werden. Nachholbedarf besteht besonders in der Verzahnung der Angebote im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung und den Gedanken der Intersektionalität. Ein bundesweiter Aktionsplan ist überfällig. Außerdem sollte vom BMFSJ ein Initiative ausgehen die zusammen mit den Schulbuchverlagen berät, wie man die gesellschaftliche Vielfalt abbilden kann. Außerdem tritt DIE LINKE für einen Ausbau des</p>	<p>Diskriminierung oder Ausgrenzung aufgrund sexueller Orientierung treten wir Freie Demokraten entschieden entgegen. So wollen wir die Finanzierung von Programmen des Bundes gegen Rassismus oder Homo- oder Transphobie sichern. Wir wollen rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung beseitigen. Im Rahmen der Bildungspolitik wollen wir eine Sensibilisierung von Jugendlichen für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in unserer Gesellschaft erreichen. Dies kann mithilfe von Bildungsplänen und Lehrmaterialien geschehen, wie es in einigen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert wird. In der beruflichen Bildung ist Diversity Management auch zu thematisieren. Denn beste Bildung umfasst neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: wie zum Beispiel Freiheit,</p>	<p>Menschen sollen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können – mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Identität erweitert werden. Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie werden wir verstärken. Wir werden die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft medizinische, gesundheitliche, soziale und rechtliche Aspekte. Wir werden daher das Transsexuellengesetz und weitere Gesetze reformieren.</p>

<p>den von Ihnen behaupteten Benachteiligungen sieht die AfD daher nicht. Darüber hinaus ist es das vorrangige Anliegen der AfD, das vom Grundgesetz geschützte und bewährte Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern zu bewahren und zu stärken.</p>	<p>auch zivilgesellschaftliche Initiativen – Stiftungen, Unternehmen, Schulen, Medien, Verbände usw. – sie alle müssen sich daran beteiligen und die Akzeptanz aktiv fördern.</p> <p>Wo Grüne regieren, gibt es wirksame Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie. Das wollen wir auch auf Bundesebene. Wir haben bereits 2009 den ersten Entwurf für einen bundesweiten Aktionsplan für Vielfalt und Respekt vorgelegt, der Homophobie und Transfeindlichkeit effektiv bekämpfen sollte. Nun werden wir uns dafür einsetzen, dass solcher Aktionsplan aufbauend auf Erfahrungen aus den Ländern klar formulierte Ziele - darunter auch Selbstverpflichtungen der öffentlichen Stellen – enthält und finanziell langfristig abgesichert ist.</p>		<p>Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ein mit verlängerten Klagefristen und einem Verbandsklagerecht. Zudem soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgebaut und mit einem eigenen Klagerecht ausgestattet werden.</p>	<p>Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so schaffen wir ein Lern- und später Arbeitsumfeld, in dem jeder seine Talente frei entwickeln und sein Leben selbstbestimmt gestalten kann.. Wir Freie Demokraten wollen ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, dass auf eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt. Es bekämpft systematisch offene Diskriminierung und macht unbewusste Hemmnisse bewusst. Dieser Ansatz ist für uns eine sinnvolle Alternative zu Quoten und anderen Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik.</p>	
--	--	--	---	---	--

Wie stehen Sie zu einem Geschlechtseintrag für Inter*- und Trans*-Menschen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>siehe oben</p>	<p>Wir plädieren für eine dritte Option im Personenstandsrecht. Wir wollen das Personenstandsgesetz so novellieren, dass alle Menschen durch die Schaffung einer weiteren Geschlechtskategorie die Möglichkeit erhalten, im Geburtenregister mit Wirkung für alle Folgedokumente und mit Wirkung einer rechtlichen Gleichbehandlung, dauerhaft weder eine Zuordnung zum männlichen noch zum weiblichen Geschlecht vornehmen müssen. Diese neue Geschlechtskategorie ist gemeinsam mit den Inter*- und Trans*-Verbänden zu entwickeln.</p>	<p>Seit dem 01.11.2013 gilt in Deutschland das Gesetz, dass der Geschlechtseintrag offengelassen werden kann, wenn bei der Geburt das Kind medizinisch weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann. (§ 22 Abs. 3 Personenstandsgesetz PStG). Ein Vorteil der Regelung ist, dass Eltern auch bei ungeklärtem Geschlecht direkt eine Geburtsurkunde in den Händen halten. Innerhalb eines Monats müssen die Eltern einen Vornamen festlegen (§ 22 Abs. 1 PStG). Für die Angabe des Geschlechts ist aber keine Frist vorgesehen. Der</p>	<p>DIE LINKE vertritt die Meinung, dass alle Menschen ihren Vornamen und ihr Geschlecht frei wählen können. Außerdem soll es neben den bisherigen Kategorien „männlich“, „weiblich“ und „(Kein Geschlechtseintrag) weitere Kategorien geben. Diese sollen in einem zivilgesellschaftlichen Prozess unter Einbindung der Betroffenenverbände erarbeitet werden.</p>	<p>Wir Freien Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Wir wollen rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung beseitigen. So wollen wir zum Beispiel das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderungen ohne diskriminierende Hürden erfolgt.</p>	<p>Siehe Antwort zu Frage 1.</p>

		<p>Geschlechtseintrag kann dauerhaft frei bleiben (§ 22 Abs. 3 PStG). Auch in die Geburtsurkunde ist das Geschlecht nicht zwingend aufzunehmen (§ 59 Abs. 2 PStG).</p> <p>Haben die Eltern bei einem intersexuellen Kind das Geschlecht festgelegt, ist es möglich, den Geschlechtseintrag nachträglich streichen und dauerhaft offen zu lassen. Die Änderung ist jederzeit, auch noch im Erwachsenenalter, möglich (vgl. OLG Celle v. 21.01.15, Gz: 17 W 28/14).</p> <p>Inter* Personen können zur Änderung des Geschlechtseintrags ein gerichtliches Verfahren nach § 48 I PStG beantragen, das für Berichtigung von Fehlern im Geburtsregister vorgesehen ist (§ 47 Absatz 2 Nr. 1 PStG).</p> <p>Im Hinblick auf weitergehende Änderungen des Personenstandsgesetzes unterstützen CDU und CSU grundsätzlich das Vorhaben, das Transsexuellengesetz unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf eine neue zeitgemäße Grundlage zu stellen.</p> <p>Zunächst sollte jedoch das Ergebnis des noch ausstehenden Abschlussberichts der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Transsexuellengesetz abgewartet werden, zumal sich ggf. personenstandsrechtliche Folgefragen ergeben werden.</p>			
--	--	--	--	--	--

Wie wollen Sie lesbische und schwule Minderjährige vor sogenannten Konversionstherapien schützen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
siehe oben	<p>Die Weltgesundheitsorganisation hat Homosexualität 1990 aus ihrem Diagnosekatalog ICD gestrichen. Dennoch bieten einige Organisationen in Deutschland „Behandlungen“ Homosexueller mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung der Betroffenen an. Negative und schädliche Aspekte dieser Pseudotherapien wie soziale Isolation, Depressionen und erhöhte Suizidalität sind wissenschaftlich nachgewiesen. Einen Nachweis für die behauptete Wirksamkeit gibt es hingegen nicht.</p> <p>Die Gefährdung des Gesundheit und des Lebens, die bei den Pseudotherapien zweifelsfrei vorliegt, verpflichtet unserer Meinung nach den Staat zu Interventionen zugunsten schutzbedürftiger Kinder und Jugendlichen. Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Anbieten und die Durchführung von Therapien mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung bei Minderjährigen verboten werden sollen.</p>	Wir achten das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen und lehnen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ ab.	Eigentlich müssten die bisherigen Gesetze und Landesverordnungen ausreichen, um diese Scharlatanerie und Körperverletzungen zu unterbinden. Leider wird dies nicht umgesetzt. Deshalb vertritt DIE LINKE die Position, dass hier ein Gesetz zur Unterbindung geschaffen werden muss.	Wir Freien Demokraten finden, dass jeder Einzelne entscheiden soll, wen er liebt und wie er liebt. Sogenannte Konversionstherapien verurteilen wir auf das Schärfste. Es bedarf zahlreicher Aufklärungsprogramme, um lesbische und schwule Minderjährige vor diesen Therapien zu schützen.	Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf deshalb auch keiner Behandlung. Derartige Pseudo-Behandlungen sind, wenn sie gegen den Willen von homosexuellen Menschen erbracht werden, strafbar. Ärztinnen und Ärzte oder Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verstoßen zudem gegen ihre Pflichten zur Wahrung wissenschaftlicher Standards, wenn sie schädliche Behandlungen anbieten und durchführen. Das muss entsprechend geahndet und unterbunden werden. Darüber hinaus muss die Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über Pseudo-Behandlungen zur „Umpolung“ verstärkt und ins besondere an Kinder - und Jugendliche gerichtet werden.

Wie werden Sie die Gleichstellung von Regenbogenfamilien befördern?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
siehe oben	Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen, und insbesondere dort, wo Kinder sind: in Ehen mit und ohne Trauschein, in	Gemäß Artikel 6 Abs. 1 GG steht die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Im Leitsatz zum Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013 zur sogenannten Sukzessivadoption	Regenbogenfamilien verdienen den gleichen Respekt und die Akzeptanz wie andere Familienformen. Es sollte die Möglichkeit bestehen, dass bis zu vier Personen eine	Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien verbessern und somit die Gleichstellung dieser befördern. Wir unterstützen die Öffnung der Ehe für alle, da sie für viele gar nichts, aber für	Wir unterstützen Familien in ihrer Vielfalt. Das Verständnis von Familie in Deutschland wird breiter: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander

	<p>Patchwork- und Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, bei Adoptiv- oder Pflegeeltern.</p> <p>In unserer Gesellschaft gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Formen des Zusammenhalts und miteinander Lebens. Wir wollen diese Vielfalt der Familienformen anerkennen und angemessen fördern. Jedes Kind muss die gleichen Rechte und die gleiche Absicherung haben.</p> <p>Das derzeitige Familien- und Kindschaftsrecht deckt weder die Vielfalt noch die Veränderlichkeit der vielfältigen Familienformen ab. Die Regenbogenfamilien sind bislang weitgehend unberücksichtigt. Deshalb wollen wir das Familienrecht erweitern und elterliche Mitverantwortung sozialer Eltern absichern. Das würde das Zusammenleben in vielen Patchwork-Familien rechtlich besser gestalten und auch viele alltägliche Probleme von Regenbogenfamilien lösen.</p> <p>Immer mehr Lesben und Schwule wünschen sich Kinder und ziehen dafür auch ärztlich assistierte Reproduktion in Betracht. Bei der Zulassung zu reproduktionsmedizinischen Maßnahmen und bei der Übernahme der anfallenden Behandlungskosten werden sie allerdings gegenüber Heterosexuellen diskriminiert. Wir fordern, dass die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung lesbischen Frauen in gleicher Weise wie heterosexuellen Frauen offen stehen muss.</p>	<p>heißt es: Leben eingetragene Lebenspartner mit dem leiblichen oder angenommenen Kind eines Lebenspartners in sozial-familiärer Gemeinschaft, bilden sie mit diesem eine durch Artikel 6 Abs. 1 GG geschützte Familie im Sinne des Grundgesetzes. Somit fallen sogenannte Regenbogenfamilien eindeutig unter den Schutz des Grundgesetzes und sind entsprechend zu behandeln. Behörden und Schulen sind entsprechend zu sensibilisieren.</p> <p>Die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat am 30. Juni 2017 entschieden, dass künftig in Deutschland die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare offensteht. Dies umfasst auch das gemeinsame Adoptionsrecht und andere damit zusammenhängende Gesetze. CDU und CSU erkennen diese Mehrheitsentscheidung an. Der grundgesetzliche Schutz für Ehe und Familie ist und bleibt für CDU und CSU unverhandelbar. Deshalb bekennen wir uns zum besonderen staatlichen Schutz der Ehe und Familie, weil die Werte, auf denen sie beruhen, besonders wertvoll sind – Verantwortung füreinander, Beständigkeit, Treue, Verlässlichkeit und vieles mehr.</p>	<p>rechtsverbindliche Beziehung eingehen können, damit im Sinne des Kindeswohls das Kind rechtlich abgesichert ist. Die Ausgestaltung dieser Rechtsbeziehung muss noch erarbeitet werden und dies muss immer vom Kindeswohl aus gedacht werden.</p>	<p>manche alles ändert. Wir Freie Demokraten sind für das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare – einschließlich vollem Adoptionsrecht und freiem Zugang zur Reproduktionsmedizin. Elternschaftsvereinbarungen sollen bereits vor der Empfängnis wirksam geschlossen werden können. Mehreltern-Familien sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenbank gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können.</p>	<p>übernehmen. Wir haben daher aus vollster Überzeugung die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.</p>
--	--	--	---	---	---

Gender

Insbesondere das verstärkte Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien gefährdet das bereits Erreichte. Der Fachbegriff Gender ist dabei zu einem Hass-Wort geworden. Eine demokratische Gesellschaft braucht aber die Anerkennung der tatsächlich vorhandenen Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen und Lebensentwürfe und den entsprechenden Respekt. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Wie werden Sie den Erhalt der Gender-Studies sichern und deren Ausbau fördern?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Frage: Wie werden Sie den Erhalt der Gender-Studies sichern und deren Ausbau fördern? Wie werden Sie von der Bundesebene darauf hinwirken, dass Kinder durch entsprechende Bildungspläne und Lehrmaterialien mit der tatsächlich vorhandenen Vielfalt vertraut gemacht werden? Wie werden Sie sicherstellen, dass Gendermainstreaming nicht nur in Geschäftsordnungen und Erklärungen steht, sondern auch umfassend und wirksam umgesetzt wird?</p> <p>Antwort: Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft, sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) voneinander völlig unabhängig seien. Sie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. Ihr Ziel ist letztlich die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität. Die AfD fordert daher die Beendigung der „Gender-Forschung“ an den Hochschulen. Sie stellt sich zudem allen Versuchen klar entgegen, durch staatlich</p>	<p>Geschlechterforschung analysiert Geschlechter- und Machtverhältnisse. Sie ist ein Wissensgebiet, unter dessen Dach sich unterschiedliche theoretische Denkschulen und Herangehensweisen zusammenfinden. Sie nutzt Ansätze und Methoden verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen. Diese Zugänge machen sie produktiv und erkenntnisreich, sowohl in der Grundlagenforschung als auch für die Gesellschaft insgesamt und speziell bei der Bewältigung drängender Herausforderungen. Von der Zukunft der Rente, über die gesundheitliche Versorgung von Männern und Frauen oder bei Fragen globaler Gerechtigkeit bis Technikfolgenabschätzung. Forschung ohne Berücksichtigung von Genderaspekten ist lückenhaft. Unsere Bundestagsfraktion hat sich deshalb für eine umfassende Stärkung von Geschlechterforschung eingesetzt (Antrag Wissenschaftsfreiheit fördern, Geschlechterforschung stärken, Gleichstellung in der Wissenschaft herstellen, Drs. 18/11412).</p>	<p>Die unionsgeführte Bundesregierung hat sowohl in der Vergangenheit als auch in dieser Legislaturperiode die Gleichstellungs- und Geschlechterforschung in Deutschland erheblich unterstützt. Auch in der Projektförderung des Bundes wird das Thema Geschlechterforschung sowohl in der Schwerpunktsetzung als auch als Querschnittsaufgabe künftig weiter eine Rolle spielen.</p>	<p>DIE LINKE steht uneingeschränkt hinter den Instituten und dem Personal in den Gender Studies und verwandten Disziplinen. Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut und ihre Verteidigung von zentraler Bedeutung im Kampf gegen jeden Autoritarismus. Die Angriffe auf die Gender Studies müssen daher zurückgewiesen werden und insbesondere die Politik hat die Aufgabe, sich solidarisch vor die angefeindeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu stellen. DIE LINKE unterstützt zu diesem Zweck die Forderung nach Einrichtung eines Förderschwerpunktes Frauen- und Geschlechterforschung sowie eines Nachwuchsprogramms für Genderforscherinnen und -forscher durch die Bundesregierung. Auch die DFG sollte dafür sorgen, dass die Gender Studies stärker von DFG-Fördergeldern profitieren.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen in Investitionen in Forschung eine treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts, dazu zählen für uns auch Gender-Studien. Genauso wie Forschung in Bereichen wie der Pharma- oder Automobilindustrie technologischen Fortschritt ermöglicht, schaffen sozial- und geisteswissenschaftliche Erkenntnisse eine Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt. Strukturalistische Ansätze zur Erklärung von gesellschaftspolitischen Zusammenhängen lehnen wir Freie Demokraten nicht ab. Der öffentliche und allgemeine Zugang zu Forschungsergebnissen ist für eine verantwortliche und selbstständige Meinungsbildung unerlässlich. Damit werden Vorurteile und die Verbreitung von Fake News, gerade auch über Themen wie Gender, erschwert. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.</p>	<p>(Vorbemerkung zum Thema Gender: <i>Wir wollen heute und in Zukunft eine moderne Gleichstellungspolitik. Eine moderne Gleichstellungspolitik ist eng mit guter Politik für Familien verbunden, solange Familienaufgaben nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Und eine Aufgabe für alle Bereiche der Politik:</i> <i>In unserem Programm zur Bundestagswahl ist Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe beschrieben. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein.“</i> <i>Gender Mainstreaming ist bereits Bestandteil der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung. Es gibt von uns keine Pläne, daran etwas zu ändern.)</i> Hierzu enthält unser Regierungsprogramm keine</p>

<p>geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen. Die von der sogenannten „Sexualpädagogik der Vielfalt“ praktizierte einseitige Hervorhebung von Homo- und Transsexualität im Unterricht sowie eine staatlich verordnete Akzeptanz aller Lebensformen als grundsätzlich gleichwertig lehnt die AfD ab. Solche Maßnahmen stellen einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar.</p>					<p>Aussage.</p>
---	--	--	--	--	-----------------

Wie werden Sie von der Bundesebene darauf hinwirken, dass Kinder durch entsprechende Bildungspläne und Lehrmaterialien mit der tatsächlich vorhandenen Vielfalt vertraut gemacht werden?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>siehe oben</p>	<p>Von der Bundesebene aus ist es relativ schwierig, in Bildungspläne und Lehrmaterialien Einfluss zu nehmen. Ein wichtiger Akteur bei der Begutachtung von Lehrmaterialien ist das Georg-Eckert-Institut in Braunschweig. Dieses Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung untersucht seit 40 Jahren Schulbücher u.a. auf ihre gesellschaftliche Wirksamkeit. Mit der „Curricula Workstation“ bietet das Institut auch einen öffentlichen Zugang zu deutschen und internationalen Lehrplänen für den gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich. So können Lehrpläne vieler Fächer wie Geographie, Geschichte, Sozialkunde/Politik und Religion/Werteerziehung betrachtet und analysiert werden und müssen sich dem kritischen fachlichen Urteil stellen. Die Schlüsse aus solchen</p>	<p>Die alleinige Zuständigkeit für die Bildungspolitik liegt bei den Ländern. Diese Aufgabenverteilung gilt für die Union. Dies ist unproblematisch, denn auch die Familien- und Sexualerziehung der Länder muss letztlich den allgemeinen Bildungszielen der jeweiligen Landesverfassung entsprechen sowie der im Grundgesetz normierten Achtung der persönlichen Würde jedes einzelnen Menschen. Neben der traditionellen Ehe gemäß Artikel 6 Abs. 1 GG, der den besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie beinhaltet, ist es heute Realität, dass nicht-eheliche Partnerschaften, Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und andere individuelle Beziehungsformen gelebt werden können. Für die schulische Sexualerziehung bedeutet dies, dass im Unterricht ein respektvolles Verständnis für</p>	<p>Aus Sicht der LINKEN darf die Abbildung der realen Lebenswelt unserer Gesellschaft und damit auch das Thema „sexuelle Vielfalt“ im Unterricht nicht fehlen. Durch den gesetzlich festgelegten Bildungsföderalismus in Deutschland legen die Länder jeweils ihre eigenen Rahmenlehrpläne, Schulgesetze usw. fest. Der Bund muss jedoch auf die Kultusministerkonferenz einwirken, damit die Länder sich gemeinsam für die Verankerung der Aufklärungsarbeit zur Selbstbestimmung und Akzeptanz der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen aussprechen, flächendeckend den Schulen themenspezifische Materialien zur Verfügung stellen und über die Möglichkeit der Nutzung dieser Materialien stets informieren. Der Bund sollte hierbei unterstützen können. DIE LINKE fordert die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen</p>	<p>Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel, Jugendliche im Rahmen der Bildungspolitik für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in unserer Gesellschaft zu sensibilisieren. Denn beste Bildung umfasst für uns neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so kann in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft Konflikte und Gewalt entgegengewirkt werden. Die entsprechende Aufklärungsarbeit an Schulen ist eine wichtige Voraussetzung, um ein Lern- und später Arbeitsumfeld zu entwickeln, in dem jeder Mensch sich selbstbestimmt entfalten kann. Allerdings ist Schulpolitik</p>	<p>Wir wollen ein modernes und weltoffenes Deutschland. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Der SPD-Parteivorstand hat anlässlich des Internationalen Frauentages 2017 eine Resolution mit dem Titel „Wir sind die Demokratie beschlossen“ (der vollständige Text kann hier heruntergeladen werden: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges_Papiere_et_a_l_/Frauentag_Resolution_A4_Lay1.pdf). Darin bekennt sich die SPD zu unserer offenen und toleranten Demokratie und dazu, diese Werte zu verteidigen. Auch bei uns in Deutschland steht viel auf dem Spiel: deutsche Rechtspopulisten propagieren ein äußerst konservatives Familienbild: Die Familie besteht aus Vater, Mutter und idealerweise drei Kindern. Andere</p>

	<p>Erkenntnissen müssen dann aber die Länder ziehen, in deren Verantwortung die Schulen liegen. Wo Grüne mitregieren, setzen sie sich dort für Bildungspläne und Lehrmaterialien, aber auch Kollegien und Schulumfelder ein, die die Vielfalt des Einwanderungslands Deutschland und die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen und Lebensentwürfe aufnehmen und stützen.</p>	<p>die Verschiedenheit und Vielfalt der partnerschaftlichen Beziehungen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten vermittelt wird. Um Irritationen, wie zuletzt in der Auseinandersetzung um den Bildungsplan in Baden-Württemberg zu vermeiden, halten wir es jedoch für klug, im Vorfeld der Lehrplanentwicklung möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einzubinden.</p>	<p>Bund und Ländern, stattdessen wollen wir eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Wissenschaft sowie ein bundesweites Bildungsrahmengesetz.</p>	<p>gegenwärtig noch Aufgabe der Länder und die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten des Bundes sind begrenzt. Durch eine Reform des Bildungsföderalismus wollen wir hier grundsätzlich auch die Autonomie der Schulen stärken. Wir setzen uns außerdem für die Stärkung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ein, die in der Vergangenheit die Bundesvernetzung der regionalen Schulaufklärungsprojekte zu homosexuellen Lebensweisen gefördert hat.</p>	<p>Familienformen lehnen sie ab und Alleinerziehende sollen nicht vom Staat unterstützt werden. Mit uns gibt es kein Zurück in die Gesellschaft der 50er Jahre. Wir stehen gemeinsam für eine offene und tolerante Demokratie, in der Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe, Religion, Beruf und Einkommen oder Herkunft gleichberechtigt und respektvoll miteinander leben. Wir wollen die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern - in allen gesellschaftlichen Bereichen, auf allen Ebenen.</p> <p>Wir wollen Akzeptanzförderung durch Bildung. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu stärken. Das bedeutet nicht nur, ihre soziale und rechtliche Lage zu verbessern. Bereits in Kita und Schule sollten verschiedene Lebensweisen sowie sexuelle und geschlechtliche Identitäten zum Thema gemacht werden – alters- und entwicklungsgerecht. Deshalb wollen wir vor allem die praxisgerechte Ausbildung der Erzieher_innen und Lehrkräfte in den Blick nehmen. Sie treffen in ihrem Beruf auf immer neue und vielfältigere Herausforderungen, denen sie aktiv und engagiert begegnen müssen. Wir müssen sie fit machen, sich Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung konsequent entgegen stellen zu können. Erzieherinnen und Erzieher werden wir von Bundesseite durch eine Fachkräfteoffensive unterstützen. Ebenso wollen wir die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern weiterentwickeln.</p>
--	---	--	---	---	--

Wie werden Sie sicherstellen, dass Gendermainstreaming nicht nur in Geschäftsordnungen und Erklärungen steht, sondern auch umfassend und wirksam umgesetzt wird?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
siehe oben	Wir halten es für absolut notwendig - und selbstverständlich - dass bei politischem oder Verwaltungshandeln die Auswirkungen auf die Geschlechter analysiert und berücksichtigt werden. Gender Mainstreaming ist dafür eine geeignete Strategie.	Nach Überzeugung von CDU und CSU ist es unverzichtbar, dass sich alle Gruppen angemessen in unserem Staat wiederfinden. CDU und CSU setzen sich für Gleichbehandlung ein und wenden sich gegen jede Form der Diskriminierung. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Das Ziel von CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.	Der Staat hat aus Artikel 3 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz den direkten Handlungsauftrag, die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv herbeizuführen, den er bisher nicht entschieden genug ausführt. Gleichzeitig werden gleichstellungspolitische Ansätze wie Gender Mainstreaming seit einigen Jahren verstärkt von Männerrechtlern und anderen Rechtspopulisten offensiv angegriffen. Deshalb gilt es sowohl das bisher Erreichte zu verteidigen als auch es entschieden auszubauen. Die LINKE will Gender Budgeting im Bundeshaushalt einführen und dabei auch die unterschiedliche Verwendung der Ressource Zeit in den Blick nehmen. Wir stehen für eine Frauenquote für Führungspositionen von mindestens 50 Prozent. Das Bundesgleichstellungsgesetz muss unter Beteiligung der Expertise von Gleichstellungsbeauftragten und Frauenverbänden und mit dem Fokus der realen Durchsetzbarkeit von Gleichstellungsrecht reformiert werden. Gender Kompetenz muss als Qualifikation für Führungskräfte an Bedeutung gewinnen. Das teilweise zur Leerformel verkommene Gender Mainstreaming wollen wir wieder mit Leben füllen, in dem wir es konsequent anwenden und es immer und überall einfordern.	Wir Freie Demokraten wollen die Finanzierung von Programmen des Bundes gegen Rassismus oder Homo- oder Transphobie sichern. Neben unseren in unserer Antwort auf die Frage zuvor erläuterten bildungspolitischen Vorhaben, wollen wir ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, dass auch die heute vielfach unbeachteten Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung berücksichtigt. Diversity Management bekämpft systematisch offene Diskriminierung und macht unbewusste Hemmnisse bewusst. So schafft es Selbstbestimmung und gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Dieser Ansatz ist für uns eine sinnvolle Alternative zu Quoten und anderen Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik. Zugleich zeigen Studien, dass vielfältige Teams in einem offenen Arbeitsumfeld und einer offenen Unternehmenskultur eine wichtige Säule für wirtschaftlichen Erfolg bilden. Daher wollen wir ein ganzheitliches Diversity Management fördern. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen, beispielweise durch die Umstrukturierung der Frauen- und Behindertenbeauftragten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management. Zur Förderung des	In unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl ist Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe beschrieben. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereichen durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein.“ Gender Mainstreaming ist bereits Bestandteil der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung. Es gibt von uns keine Pläne, daran etwas zu ändern. In einem Aktionsplan Gleichstellung werden wir alle gleichstellungspolitischen Maßnahmen bündeln, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Wir werden systematisch beobachten, messen und überwachen, ob die Ziele des Aktionsplans eingehalten werden (Monitoring). Um die Gleichstellungspolitik fortlaufend zu unterstützen, werden wir eine Stelle einrichten, die berät und Service anbietet. Und die dazu beiträgt, Ergebnisse aufzubereiten (Beratungs-, Service- und Transferstelle).

				Konzeptes in der Privatwirtschaft und gerade auch für den Mittelstand wollen wir Best-Practice-Dialoge initiieren und unterstützen. Zudem wollen wir das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ in der beruflichen Bildung verankern.
--	--	--	--	--

Migration

Deutschland ist ein Einwanderungsland: 21 Prozent der Bevölkerung hat eine eigene oder mindestens über ein Elternteil mitgebrachte Einwanderungsgeschichte. Das Markenzeichen eines Einwanderungslands ist Vielfalt – kulturell und religiös. Damit ein friedliches Miteinander gelingt, braucht es Wissen voneinander und eine Kultur der Wertschätzung.

Deutschland hat keine offizielle Einwanderungspolitik und kein Einwanderungsgesetz. Problematisch ist, dass Einwanderung mit Flüchtlings- und Asylpolitik vermischt wird. Dabei geht es beim Einwanderungsgesetz nicht um Schutzsuchende, sondern um Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die zum Arbeiten kommen. Aufgrund der Kompliziertheit der Verfahren arbeiten viele dieser Menschen derzeit illegal in Deutschland – viele von ihnen sind Frauen, die z.B. in der Pflege tätig sind. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Welche Einwanderungspolitik vertritt Ihre Partei? Wie stehen Sie zu einem Einwanderungsgesetz?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Frage: Welche Einwanderungspolitik vertritt Ihre Partei? Wie stehen Sie zu einem Einwanderungsgesetz? Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei für die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt vor?</p> <p>Antwort: Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland. Grundsätzlich ist es herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität, über Qualität und Quantität einer Einwanderung selbst zu bestimmen. Das muss auch für Deutschland gelten. Die AfD fordert hier eine klare Trennung von Asyl und Einwanderung. Jeden Missbrauch des Asylrechts zur illegalen Einwanderung</p>	<p>Die alternde Gesellschaft und der Fachkräftemangel lassen keine Zweifel mehr: Deutschland ist langfristig auf Einwanderung angewiesen. Doch die aktuellen Regelungen sind viel zu kompliziert, unübersichtlich und erschweren Einwanderung. Mit dem grünen Einwanderungsgesetz werden wir zum einen die Möglichkeiten zur arbeitsplatzgebundenen Einwanderung liberalisieren und entbürokratisieren. Zudem werden wir eine „Talentkarte“ einführen, mit der gut qualifizierte Fachkräfte sich binnen eines Jahres in Deutschland einen Job suchen können. Wir bauen zudem aber auch den Bereich der Bildungsmigration zum Markenkern einer zeitgemäßen Einwanderungspolitik aus, damit</p>	<p>Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab.</p>	<p>DIE LINKE. tritt für Stärkung der Aufenthaltsrechte Eingewanderter ein, etwa zur Wahrung des Familienzusammenlebens und der erleichterten Einbürgerung. Einwanderung ist keine Bedrohung oder ökonomische Belastung, sondern eine Bereicherung und Realität, die es positiv zu gestalten gilt. In der aktuellen Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz geht es nicht um die individuellen Rechte von Migrantinnen und Migranten. Es geht vor allem um ein Punktesystem, und damit verbundene restriktive Kriterien zum bestehenden Aufenthaltsgesetz. Hier sollen Hochqualifizierte oder Menschen mit besonders gefragten Berufskennnissen weltweit angeworben werden. DIE LINKE.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch und / oder religiös Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch bzw. religiös Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen</p>	<p>Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe</p>

<p>lehnen wir konsequent ab. Dagegen setzen wir uns für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein, soweit ein unabwiesbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund müssen dabei die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturnation stehen. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen. Sie stellen eine Bereicherung dar und tragen zu einer sinnvollen Vielfalt bei, ohne unsere Kultur und Tradition zu zerstören.</p>	<p>Menschen einfacher als bisher in Deutschland studieren oder sich hier beruflich qualifizieren können. Wir wollen auch, dass ausländische Studierende und Auszubildende sowie Asylsuchende und Geduldete – wenn sie die Voraussetzungen des Arbeitsmigrationsrechts erfüllen - leichter ihren aufenthaltsrechtlichen Status wechseln können („Spurwechsel“). Und schließlich werden wir das Einwanderungsrecht entwicklungspolitisch nachhaltig ausgestalten, u. a. um das entwicklungspolitische Engagement von Migrant*innen für ihr jeweiliges Herkunftsland besser zu fördern. Ein Einwanderungsgesetz wird dann die erhoffte Wirkung zeigen, wenn es durch liberale menschen- und integrationsrechtliche Regeln ergänzt wird. Ansonsten werden Migrant*innen einen Bogen um Deutschland machen.</p>		<p>ist gegen eine solche selektive Migrationspolitik, die Rechte danach vergibt, ob Menschen nach kapitalistischen Verwertungskriterien als „nützlich“ oder „unnützlich“ angesehen werden. Maßstab für uns sind die individuellen Menschenrechte. Wir sind gegen eine Ausgrenzung entlang nationaler Grenzen. Die Grenzen müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Etwa 60 Prozent aller Einwanderinnen und Einwanderer kommen aus anderen Ländern der EU nach Deutschland. Sie haben hierauf ein Recht (Freizügigkeit). Erforderlich ist eine gute und sozial gerechte Ausgestaltung dieser Einwanderung, nicht eine Begrenzung nach Nützlichkeitskriterien. Soziale Rechte wollen wir nicht an den Aufenthaltsstatus knüpfen – auch hier gilt die grundlegende Forderung „Gleiche Rechte für Alle“. Aus linker Sicht ist ein Einwanderungsgesetz mit ökonomischem Fokus auf Einwanderung per Punktesystem abzulehnen. Wenn Pflegekräfte wie bspw. im schlecht bezahlten Gesundheitswesen nicht nach Deutschland kommen, liegt das vielfach nicht am fehlenden Einwanderungsgesetz, sondern hat andere Gründe, wie u.a. die aufwendigen Verfahren auf Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikationen. Zu befürworten ist, das geltende Recht übersichtlicher zu gestalten und auf diese Weise Interessierte vor unliebsamen Überraschungen zu bewahren. Mit dem Antrag der Linksfraktion im Bundestag „Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert eine soziale Offensive für alle“, BT-Drs. 18/9190 fordern wir den Zugang zu sozialer Sicherung, dem Arbeitsmarkt,</p>	<p>dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, so dass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Dies ist bundeseinheitlich sicherzustellen. Die der fehlenden Einwanderungssystematik und viel zu langen Asylverfahren geschuldete Tendenz, dass bereits integrierte Flüchtlingsfamilien abgeschoben werden, aber umgekehrt Findige unser System ausnutzen, ist humanitär nicht verantwortbar, gesellschaftspolitisch gefährlich</p>	<p>an der Spitze zu stehen. Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt. Sowohl für potenzielle Einwanderinnen und Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.</p>
---	--	--	--	--	---

			<p>Bildungseinrichtungen und gesellschaftlicher Teilhabe zu erleichtern und damit entsprechende Hürden abzubauen.</p>	<p>und auch volkswirtschaftlich ein großer Fehler. Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.</p>	
--	--	--	---	---	--

Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei für die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt vor?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
siehe oben	<p>Unsere Gesellschaft ist in stetigem Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schule und Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Geschlechtern, sozialen Herkunft und Hautfarben, sexuellen Orientierungen, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir schauen auch hin, wenn echte oder vermeintliche Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle gleichermaßen gelten, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und</p>	<p>CDU und CSU setzen sich gemäß Artikel 3 Grundgesetz gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaube, religiösen oder politischen Anschauung ein. Dies fördert die Akzeptanz von Vielfalt. In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus, Islamismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein. Zu unserem Land gehören alte und neue Deutsche, Menschen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Die große Mehrheit ebenso wie ethnische und gesellschaftliche Minderheiten. Wir schließen niemanden aus und bitten alle, an einer guten Zukunft Deutschlands mitzuwirken.</p>	<p>In einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft ist die wirksame Förderung zur Akzeptanz von Vielfalt eine zentrale staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die an vielen Orten geleistet werden muss. Nur mit gleichen Rechten für alle und dem Ausbau des Sozialstaats, mit guten sozialen Standards für alle lässt sich eine solidarische Gesellschaft erreichen. DIE LINKE. will zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und für mehr Demokratie engagieren, Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Flüchtlingen stärken. Von großer</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz von Vielfalt fördern. Dies gilt auch bei Flüchtlingen und Einwanderern. Wir sehen dies als Voraussetzung für ein Leben in Deutschland. Im Rahmen der Bildungspolitik wollen wir dabei schon eine Sensibilisierung von geflüchteten Jugendlichen für die religiöse, aber auch die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in unserer Gesellschaft erreichen. Dies kann mithilfe von Bildungsplänen und Lehrmaterialien geschehen, wie es in einigen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert wird. Schnellen Zugang zum Bildungssystem ist der Schlüssel für eine gelingende Integration. Für eine Einbürgerung muss es dahingehend verbindliche Bedingungen und ein klares</p>	<p>Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Grundlage für alle ist das Grundgesetz. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild. In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch</p>

	<p>Menschenfeindlichkeit. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass sich beispielsweise in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbessern und ein Verbandsklagerecht einführen.</p>	<p>Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Das Ziel der CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, die Vielfalt akzeptiert. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.</p>	<p>Bedeutung ist zudem die kulturelle Bildung. Sie fördert die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen, seine Kreativität, seinen Zugang zur Welt und deren Aneignung, schafft Erfolgserlebnisse auch und gerade in Gemeinschaft, vermittelt die Erfahrung des Mitgestaltenkönnens und belebt die Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt und dem eigenen kulturellen Hintergrund. Kulturelle Bildung befähigt, das eigene Leben und die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse kritisch zu reflektieren und selbstbestimmt mitzugestalten. Die Linksfraktion im Bundestag fordert in ihrem Antrag „Bundesprogramm, Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/081/1808181.pdf weiterzuentwickeln und Programme wie „Kultur macht stark“ zu verstetigen.</p>	<p>Regelwerk geben. Voraussetzungen sind dabei also insbesondere auch das uneingeschränkte Bekenntnis zur Rechtsordnung unseres Grundgesetzes. Wir fordern dazu zusätzlich eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.</p>	<p>in der Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen wollen, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Wir sollen mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben wir die Optionspflicht abgeschafft. Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit.</p> <p>Auch Sport ist eine gute Gelegenheit, in vielfältiger Weise Vielfalt zu fördern. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen: für ehrenamtliche Projekte im Sport, die ethnische Barrieren überwinden helfen.</p>
--	---	---	--	--	--

Flucht

Die Situation und die Bedarfe von Geflüchteten sind geschlechtsspezifisch unterschiedlich. Viele geflüchtete Frauen waren auf der Flucht oder bereits davor geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, sie benötigen angemessene Angebote von Betreuung, Beratung und Unterbringung. Unter den in die Bundesrepublik flüchtenden Frauen sind auch Betroffene von Menschenhandel. Mitarbeiter_innen in Flüchtlingsunterkünften können Menschenhandel nur erkennen, wenn sie dafür sensibilisiert und für den Umgang damit fachlich geschult wurden.

Der Schutz der Familie ist im Grundgesetz ebenso garantiert wie auf europä- und völkerrechtlicher Ebene. Diese Garantie gilt aber derzeit nicht für alle, denn subsidiär geschützte geflüchtete Menschen haben nur ein eingeschränktes Recht auf Familienleben. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Welche besonderen Maßnahmen sieht Ihre Partei zum Schutz von geflüchteten Frauen vor?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Frage: Welche besonderen Maßnahmen sieht Ihre Partei zum Schutz von geflüchteten Frauen vor? Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass das Recht auf Familiennachzug unabhängig vom Aufenthaltsstatus gilt?</p> <p>Antwort: Menschen, die aufgrund politischer Verfolgung oder als Kriegsflüchtlinge vorübergehend Zuflucht in unserem Land gefunden haben, haben das Recht auf Schutz und Sicherheit. Insofern Frauen einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sind, sollen sie eine besondere Betreuung und Beratung erfahren. Ein verstärktes Schutzbedürfnis sehen wir bei Frauen aber insbesondere auch bei Christen, die in Flüchtlingsunterkünften nicht selten Diskriminierung und Gewalt durch muslimische Mitbewohner ausgesetzt sind. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist seit 2014 von unter 30 Prozent auf aktuell fast 70 Prozent angestiegen, obwohl die wenigsten aus Krisengebieten kommen und alle über sichere Drittstaaten einreisen. In diesen Fällen besteht sowohl nach</p>	<p>Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der Arbeitsmarktintegration teilhaben. Wir wollen niedrigschwellige Angebote schaffen – im Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.</p> <p>In Flüchtlingsunterkünften besteht für Frauen, Mädchen und alleinstehende Mütter ein erhöhtes Risiko von Belästigungen und sexualisierter Gewalt. Wir setzen uns für Gewaltschutzkonzepte für alle Unterkünfte ein, Schutzbereiche für Kinder und Frauen und andere besonders Schutzbedürftige, Informationen über mögliche Anlaufstellen und die Schulung des Sicherheitspersonals, um rechtzeitig Gewalt zu erkennen und richtig zu reagieren.</p>	<p>Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifisch Verfolgte tätig. Sie sind für die Anhörung von Schutzsuchenden zuständig, die geschlechtsspezifische Verfolgungshandlungen, beispielsweise Genitalverstümmelung (FGM), vortragen. Diese Entscheiderinnen und Entscheider werden durch das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zusätzlich ausgebildet. Sie erhalten neben der Grundlagenschulung eine Schulung am Modul „Befragung schutzbedürftiger Personen“, die u.a. um das Thema „Geschlechtsspezifische Verfolgung“ ergänzt wird. Darin wird unter anderem auf FGM eingegangen. Falls eine asylsuchende Frau dies wünscht, wird sowohl die Asylananhörung als auch die Verdolmetschung ebenfalls von einer Frau durchgeführt. Dolmetscherinnen und Dolmetscher haben für die Entscheider des BAMF in der persönlichen Anhörung lediglich unterstützende Funktion. Die Steuerung des Anhörungsgeschehens obliegt</p>	<p>Flüchtende und geflüchtete Frauen haben spezifische Probleme und Bedürfnisse, die anerkannt und bearbeitet werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtsspezifische Fluchtursachen nicht mehr nur formell als Asylgrund anerkannt werden, sondern in der (Prüf-)Praxis auch umfassend berücksichtigt werden. Insbesondere das vom Ehemann bisher abhängige Aufenthaltsrecht muss aufgehoben und in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht umgewandelt werden. Die Unterbringung von geflüchteten Frauen und ihren Kindern sowie von Lesben, Schwulen und Trans* Menschen muss sich an den jeweiligen Bedürfnissen orientieren und es müssen ausreichend Schutzräume zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Sprachkurse in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, und durch Kinderbetreuung ergänzt werden. Wir werden ein flächendeckendes Programm auflegen, um Frauen dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.</p>	<p>Schon auf Landesebene, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein, haben wir Freie Demokraten geeignete Maßnahmen gefordert, um Frauen und Kinder bei der Ankunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in verständlicher Form über ihre Rechte, insbesondere in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt, aufzuklären. Auch auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein. Wir wollen, dass Dolmetscher, geschultes Sicherheitspersonal, Betreuer oder Sozialpädagogen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt eingesetzt werden, um den bestmöglichen Schutz zu gewährleisten. Des Weiteren fordern wir, Frauen und Kindern eine der EU-Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) entsprechende Unterbringung zu ermöglichen sowie Schutz- und Rückzugsräume für Frauen und Kinder einzurichten. So können sie vor geschlechtsspezifischer psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt geschützt werden.</p>	<p>Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen. Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen.</p>

<p>Art.16a Grundgesetz wie auch nach geltendem internationalen Recht kein Schutzanspruch. Die entgegenstehende tägliche Anerkennungspraxis in Deutschland findet statt, obwohl durch die Grundgesetzreform diese Art der Zuwanderung unterbunden werden sollte. Diese Praxis muss sofort beendet werden. Jedem anerkannten Asylbewerber folgen ein bis vier Familienangehörige. Die Mehrheit dieser Menschen wird mit hoher Sicherheit dauerhaft von Sozialleistungen leben. Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab, da die deutschen Sozialsysteme die Kosten nicht tragen können. Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter Flüchtlinge, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis. Sie müssen zurückkehren. Insbesondere der Schutz vor Bürgerkrieg ist rein temporär ausgelegt und darf nicht zu einer Einwanderung durch die Hintertür führen.</p>		<p>ausschließlich den Entscheidern. Dementsprechend gehen die Entscheider bei der Anhörung von Personen mit geschlechtsspezifischer Verfolgung stets in einer an das individuelle Verfolgungsschicksal angepassten Form vor und leiten, instruieren und sensibilisieren auch die sprachmittelnde Person in entsprechender Weise. Die herkunftsländerspezifischen Dienstanweisungen des BAMF (sog. Herkunftsländer-Leitsätze) enthalten zudem regelmäßig Informationen und Vorgaben zu geschlechtsspezifischer Verfolgung wie FGM im jeweiligen Herkunftsland.</p> <p>Im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes wurden Schutzkonzepte für Flüchtlingsunterkünfte gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch von Frauen und Kindern gesetzlich verankert. In Kooperation mit UNICEF fördert der Bund darüber hinaus Koordinationsstellen für Gewaltschutz in Flüchtlingseinrichtungen mit über vier Millionen Euro. Folteropferzentren erhalten in diesem Jahr zusätzlich vier Millionen Euro für die Behandlung von Flüchtlingsfrauen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben.</p> <p>Anfang des Jahres startete auch das Modellprojekt „Schwangerschaft und Flucht“, das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion initiiert wurde. Das Projekt bietet an mehreren Standorten aufsuchende Beratung von Flüchtlingsfrauen an. Hier geht es insbesondere auch um psychosoziale Beratung von schwangeren und vergewaltigten Flüchtlingsfrauen und –mädchen.</p>			
--	--	---	--	--	--

--	--	--	--	--	--

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass das Recht auf Familiennachzug unabhängig vom Aufenthaltsstatus gilt?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
Siehe oben	Wir wollen unbürokratische Möglichkeiten für den Mit- bzw. den Nachzug von Familienangehörigen einführen bzw. den Nachweis von Deutschkenntnissen vor der Einreise abschaffen. Denn, man wird bei uns nur dann heimisch, wenn man mit seiner Familie zusammen sein kann. Das gilt natürlich auch für Flüchtlinge und sogenannte subsidiär Geschützte.	Der Familiennachzug wird gewährt, um Menschen, die eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben, das Zusammenleben mit ihrer Kernfamilie – bestehend aus Vater, Mutter und Kindern – in Deutschland zu ermöglichen. Bei einem Familiennachzug zu einem Ausländer ist erforderlich, dass sich der Ausländer im Besitz eines gültigen Aufenthaltstitels befindet. Dies dient auch der Absicherung der nachziehenden Familienangehörigen, da ausgeschlossen werden soll, dass der Ausländer und/oder die Familienangehörigen das Land kurz nach der Einreise wieder verlassen müssen. Bei denjenigen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden und nur subsidiär geschützt sind, wird nach einem Jahr geprüft, ob die Bedrohung im Herkunftsland fortbesteht. Möglicherweise müssen Menschen unser Land bald wieder verlassen. In diesem Fall kann kein Familiennachzug erfolgen. CDU und CSU haben für diese Gruppe deshalb den Nachzug zunächst ausgesetzt. Besonderen Schicksalen wird hierbei Rechnung getragen: Bei außergewöhnlichen Härtefällen besteht die Möglichkeit einer Aufnahme aus humanitären Gründen unter besonderer Berücksichtigung des Kindeswohls. CDU und CSU wollen diese Steuerungsmöglichkeiten nutzen.	DIE LINKE. ist ebenso wie der UNHCR der Meinung, dass das Familienzusammenleben für die Integration in Deutschland von grundlegender Bedeutung ist und sind gegen die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und damit gegen verbundene Ungleichbehandlung von Flüchtlingen mit vergleichbarem Schutzbedürfnis. Die Linksfraktion im Bundestag hat sich im Antrag „Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen uneingeschränkt gewährleisten“ BT-Drs. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/102/1810243.pdf dafür eingesetzt, zur Entscheidungspraxis des BAMF vor dem Inkrafttreten des Asylpaket II zurückzukehren und bei syrischen Asylsuchenden wegen der Gefahr politischer Verfolgung im Regelfall einen Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu erteilen. Wir fordern die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten schnellstens wieder zurückzunehmen und wieder von der Möglichkeit beschleunigter, schriftlicher Anerkennungsverfahren Gebrauch zu machen. Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein.	Wir Freie Demokraten setzen auf einen zeitlich befristeten Schutz für Kriegsflüchtlinge. Dieser ermöglicht für die Mehrzahl der heute als subsidiär schutzbedürftig eingestuften den Familiennachzug. Wenn dereinst wieder Stabilität in ihrer Heimat erreicht ist, müssen sie dorthin zurückkehren. Durch ein Einwanderungsgesetz sollten sie aber die Chance erhalten, sich in Deutschland für einen dauerhaften Aufenthalt im Arbeitsmarkt zu bewerben.	Ja, Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.

		Nur so können wir die Akzeptanz für das Asylsystem erhalten.			
--	--	--	--	--	--

Armut

Von Armut sind in Deutschland Frauen und Kinder überproportional betroffen. Damit verbunden sind vielfältige Folgen wie soziale Ausgrenzung und schlechtere gesundheitliche Bedingungen.

Die gebrochenen Erwerbsbiographien von Frauen schlagen sich auch in einem höheren Risiko von Altersarmut nieder. 2015 galten in Deutschland 18 Prozent der Frauen ab 65 Jahren als armutsgefährdet. Im EU-Vergleich liegt Deutschland damit nur im Mittelfeld. Insbesondere verfügen Frauen gegenüber Männern über eklatant niedrigere eigene Alterssicherungsbezüge. Im Osten liegt die Rentenlücke bei 23 Prozent, im Westen sogar bei 42 Prozent. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, den sogenannten Gender Pension Gap dauerhaft zu schließen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Mehr Frauen denn je sind berufstätig. Aber viel zu oft arbeiten sie in Minijobs oder prekärer Beschäftigung. Sie verdienen weniger als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden gering bezahlt. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig und das wird sich in Zukunft eher noch verschlechtern. Grüne Frauenpolitik unterstützt Frauen darin, wirtschaftlich unabhängig zu sein und sich im Job zu verwirklichen. Denn wer eigenes Geld verdient, kann sein Leben selbst gestalten. Wir wollen ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln dafür sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Typische Frauenberufe im sozialen Bereich müssen aufgewertet und besser bezahlt werden. Wir haben umfassende Vorschläge für mehr Beweglichkeit der Arbeitszeit	Siehe unten	Das aktuelle Rentensystem ist überwiegend auf Erwerbsarbeit ausgerichtet. Die Hauptursachen für die niedrigen Renten von Frauen sind niedrige Löhne und Unterbrechungen der Erwerbsbiografie wegen Kindererziehung und Pflege. Ein wichtiger Bestandteil dabei, den Gender Pension Gap zu schließen, ist es bereits gegen den sogenannten Gender Pay Gap in der Erwerbsarbeit vorzugehen. In diesem Sinne will DIE LINKE u.a. ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, einschließlich eines Verbandsklagerechts, einführen, die Aufwertung frauentypischer Berufe vorantreiben und einen flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen. Rentenpolitisch wollen wir, dass für jedes Jahr Kindererziehung, egal ob in Ost oder West, egal ob vor oder nach 1992, 93 Euro Rente pro Monat gutgeschrieben werden. Wir wollen, dass Zeiten niedriger Löhne in der Rente wieder aufgewertet werden. Dazu wollen wir die so genannte Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen	Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, den sogenannten Gender Pension Gap dauerhaft zu schließen? Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, die von Altersarmut betroffen sind, zukünftig sicherstellen? Diese beiden Fragen werden im Zusammenhang beantwortet. Wir Freie Demokraten setzen uns für totale Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen die Gender Pension Gap mit einer verbesserten Alterssicherung und einer Überwindung der Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern schließen. So wollen wir die Einkommens- und Erwerbsstrukturen von Frauen grundlegend verbessern. Frauen dürfen nicht benachteiligt werden. Wir setzen uns beispielsweise dafür ein, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Wir wollen flexible	In besonderem Maße gilt für Frauen: gute Rente folgt aus guter Arbeit. Für eine ausreichende eigenständige Alterssicherung von Frauen muss deshalb bei der Erwerbssituation von Frauen angesetzt werden. Dazu haben wir Schritte und Vorschläge gemacht, zu denen u.a. die Entgeltgleichheit, das Rückkehrrecht zur Vollzeit, der Ausbau der Kinderbetreuung und die Aufwertung von Berufen, in denen besonders viele Frauen arbeiten gehören. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, für Frauen eine ausreichende eigenständige Alterssicherung zu erreichen. Sie gehören deshalb an vorderster Stelle dazu, wenn wir über einen neuen Generationenvertrag reden. Die Stabilisierung des Rentenniveaus ist für die Sicherheit im Alter für Frauen von großer Bedeutung, insbesondere solange die Lohnlücken zwischen Männern und Frauen nicht beseitigt sind. Von der Solidarrente profitieren Frauen, besonderes dort, wo die

	<p>vorgelegt, um Erwerbs- und Sorge-Arbeit besser unter einen Hut zu bekommen.</p>		<p>und ausweiten.</p>	<p>Arbeitszeitmodelle, digitale Arbeitsplätze und einen Ausbau der Kinderbetreuung, um Familie und Job leichter vereinbar zu machen. Wir Freie Demokraten wollen die klassische Einteilung von Frauen- und Männerberufen auflösen. Wir sehen jeden Menschen als Individuum und lehnen „Schubladen-Denken“ ab. Deswegen wollen wir zukünftig Frauen noch stärker ermuntern, klassische Männerbranchen zu erobern, deren Jobs meist besser bezahlt sind als diejenigen, die viele Frauen traditionell ergreifen. So kann die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern verkleinert werden. Auf der anderen Seite müssen gesellschaftliche Hemmnisse abgebaut werden, wenn Männer vermeintliche Frauenberufe ergreifen. Wir Freie Demokraten fordern einen flexiblen Arbeitsmarkt, in dem jeder unabhängig vom Geschlecht faire Chancen vorfindet.</p> <p>Zudem halten wir Freie Demokraten halten es für richtig, die Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Auch über die vorgesehenen Begrenzungen soll Vorsorge nur prozentual die Leistungen aus der Grundsicherung mindern. Denn freiwillige Altersvorsorge muss sich für jeden immer auszahlen. Das betrifft zum Beispiel auch Frauen, die familienbedingt viel in Teilzeit gearbeitet oder wenig verdient haben. Es kann nicht sein, dass Einnahmen aus der freiwilligen Vorsorge vollständig auf die Grundsicherung angerechnet – also voll abgezogen werden. Wir finden: Der Anreiz zur zusätzlichen Altersvorsorge gegen Altersarmut muss erhalten bleiben. Wer sich</p>	<p>Lohnlücken noch groß sind, und wenn sie die Hauptlast der Familienarbeit tragen. Wer gearbeitet, aber wenig verdient hat, Kinder erzogen hat oder Angehörige gepflegt hat, soll sich darauf verlassen, im Alter eine Rente zu bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Frauen, die selbstständig tätig sind, weil sie zum Beispiel in neu entstehenden digitalen Berufen tätig sind oder so Familie und Beruf besser vereinbaren können, profitieren von der Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung.</p>
--	--	--	-----------------------	---	--

				anstrengt und vorsorgt, muss ein Alterseinkommen über Grundsicherungsniveau haben. Und er muss mehr haben als derjenige, der nicht vorgesorgt hat.	
--	--	--	--	--	--

Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, die von Altersarmut betroffen sind, zukünftig sicherstellen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Mit einer steuerfinanzierten „Garantierrente“ wollen wir den Schutz vor Armut im Alter verbessern. Die betriebliche Vorsorge wollen wir ausbauen. ArbeitgeberInnen sollten jedem Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Beitrag unterstützen. Grundsätzlich sollte jede Person selbst entscheiden können, wann und wie sie in den Ruhestand wechselt. Wenn Beschäftigte allein aus gesundheitlichen Gründen in Rente gehen, darf es keine Abschlüge geben.	<p>Obige und diese Frage werden gemeinsam beantwortet: CDU und CSU stehen dafür ein, dass die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner auch in Zukunft berechenbar und angemessen sind. Wer sein ganzes Leben gearbeitet hat, soll im Alter davon leben können. Wir bekräftigen die Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Sie hat die Weichen für die Entwicklung des Renteneintrittsalters bis 67, des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 umfassend und erfolgreich gestellt. Damit wurde auch die Generationengerechtigkeit verlässlich gesichert.</p> <p>Unsere erfolgreiche Politik der letzten zwölf Jahre hat dazu geführt, dass neue Arbeitsplätze und Wachstum entstanden sind. Durch die gute Wirtschaftslage sind die Renten in den letzten Jahren oberhalb der Inflationsrate gestiegen. Das Rentenniveau hat sich deshalb besser entwickelt, als in den Prognosen vorhergesagt: Derzeit liegt das Rentenniveau bei 48,2 Prozent und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Mit der Mütterrente haben wir einen weiteren Rentenpunkt für Mütter von Kindern eingeführt, die vor 1992</p>	Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE. eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen. Wer im Alter kein großes Vermögen oder kein ausreichendes Einkommen hat, dessen/deren Alterseinkommen wird aus Steuermitteln auf 1050 Euro angehoben. Damit aus dem sogenannten Gender Pay Gap von 21 Prozent kein Gender Pension Gap von über 40 Prozent wird, will DIE LINKE. darüber hinaus ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz mit einem echten Verbandsklagerecht, die Aufwertung von frauentypischen Berufen, eine höhere Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur.	siehe oben	Von der Solidarrente profitieren Frauen, besonderes dort, wo die Lohnlücken noch groß sind, und wenn sie die Hauptlast der Familienarbeit tragen. Wer gearbeitet, aber wenig verdient hat, Kinder erzogen hat oder Angehörige gepflegt hat, soll sich darauf verlassen, im Alter eine Rente zu bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Zusätzliche Altersversorgung muss sich für alle lohnen. Wir haben deshalb geregelt, dass bei selbst aufgebauten Zusatzrenten, wie Betriebsrenten oder Riesterrenten, nicht mehr alles auf die Grundsicherung angerechnet wird.

		<p>geboren wurden. Dies bedeutet eine Rentensteigerung um rund 30 Euro je Kind für knapp 10 Millionen Mütter bundesweit.</p> <p>Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll.</p> <p>Mit Blick auf die Rente existiert zudem gerade für ältere Jahrgänge die sogenannte Rente nach Mindestentgeltpunkten für rentenrechtliche Zeiten vor 1992. Dort werden unterdurchschnittliche Einkommen und daraus entstehende Entgeltpunkte in der Rente aufgewertet. Davon profitieren insbesondere Frauen.</p> <p>Um einen Gender Pension Gap nachhaltig zu vermeiden, wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich stärken. Um Berufstätigkeit für Eltern zu ermöglichen, muss das Angebot der Kindertagesbetreuung flexibel, verlässlich, bezahlbar und flächendeckend sein. Die Kinderbetreuung muss über das Alter von sechs Jahren hinaus garantiert sein. Daher wollen wir in der kommenden Wahlperiode auch einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen.</p>			
--	--	---	--	--	--

Wie steht Ihre Partei zu den Vorschlägen zur Armutsbekämpfung durch Grundsicherung für Kinder bis zum Ende des Schulbesuchs, Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld auf ALG II und Berechnung von Rentenpunkten bei Bezug von ALG II?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
-----	-----------------------	---------	-----------	-----	-----

<p>keine Antwort</p>	<p>Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Mit 12 Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Das Familien-Budget besteht aus drei Reformteilen. Die Regelsätze für Kinder und Erwachsene in der Grundsicherung müssen so ermittelt werden, dass sie das Existenzminimum verlässlich und in ausreichender Höhe absichern. Die Bedarfe müssen tatsächlich gedeckt werden, auch die zur Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität, soweit diese nicht durch freie Infrastruktur-Angebote gedeckt werden. Eltern mit geringen Einkommen erhalten einen einkommensabhängigen KindergeldBonus, der das sächliche Existenzminimum unbürokratisch und ohne Antrag garantiert. Der Kindergeld-Bonus wird zusammen mit dem Kindergeld bzw. der Kindergrundsicherung ausgezahlt. Eltern mit geringen Einkommen erhalten den KindergeldBonus in voller Höhe. Wenn das Einkommen der Eltern deren Existenzminimum übersteigt, wird der Betrag mit steigendem Einkommen bis auf die Höhe des Kindergeldes bzw. der Kindergrundsicherung abgeschmolzen. Wir wollen eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung einführen, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Dadurch erhalten Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen für ihre Kinder endlich die gleiche Unterstützung wie Eltern mit hohen Einkommen. Wir wollen zudem</p>	<p>Für die Frage der Armutsbekämpfung von Kindern ist aus Sicht von CDU und CSU die Frage der finanziellen Absicherung der gesamten Familie entscheidend. Insbesondere bei finanziellen Engpässen kommt es maßgeblich darauf an, ob alle Familienmitglieder bzw. die gesamte Bedarfsgemeinschaft ausreichend abgesichert sind. Nur dann kann auch die finanzielle Armut von Kindern behoben werden. Daher lautet das Ziel der nachhaltigen Familienpolitik von CDU und CSU die „Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Familien“.</p> <p>Das System der familienbezogenen Leistungen ist insbesondere unter der Regierungsverantwortung von CDU und CSU über viele Jahre fortentwickelt und ausdifferenziert worden. Das breite Spektrum wird den sehr unterschiedlichen Lebenslagen und sich wandelnden Lebensverläufen von Familien besser gerecht als eine pauschale Einheitsleistung für alle Familien. So trägt beispielsweise bei Geringverdienern der Kinderzuschlag – zusätzlich zum Kindergeld – maßgeblich dazu bei, Bedürftigkeit und den Bezug von ergänzenden SGB-II-Leistungen zu vermeiden. Das Kindergeld stabilisiert die wirtschaftliche Lage der Familien. In Alleinerziehendenhaushalten sichert der Unterhaltsvorschuss gemeinsam mit dem Kindergeld den gesetzlichen Mindestunterhalt, wenn der Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen ausfällt. Die Unterhaltsvorschussleistungen haben wir darüber hinaus in dieser Legislaturperiode mit Wirkung zum 1. Juli 2017 umfangreich ausgeweitet, um so</p>	<p>Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie soll Kinder und Jugendliche aus der verdeckten Armut und dem Stigma von Hartz IV-Leistungen herausholen. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag, der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote nicht nur, aber zuallererst für Kinder kostenfrei zur Verfügung stehen. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche geschaffen ist, kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen. Denn Chancengerechtigkeit und Bildungszugang sind die Grundlage für das persönliche Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Heute haben Kinder in Deutschland aber noch ungleiche Startchancen im Leben. Ein Grund dafür ist, dass die familienbezogenen Leistungen wegen der zahlreichen Bedingungen, Berechtigungen, Anrechenbarkeiten zu kompliziert geregelt sind und Kinderarmut nicht ausreichend entgegenwirken. So werden zum Beispiel familienbezogene Leistungen wie Kindergeld, Betreuungsgeld oder Unterhaltsvorschuss auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet. Das wollen wir ändern: Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen wird zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt. Dieses „Kindergeld 2.0“ besteht aus den folgenden Komponenten: Dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe. Darüber soll zum Beispiel die Mitgliedschaft im Sportverein oder das Erlernen eines Musikinstrumentes in einer Musikschule unbürokratisch möglich sein. Diese Neuregelung</p>	<p>Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen. Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarktteilhabe und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.“</p>
----------------------	---	---	---	---	---

	<p>Langzeitarbeitslose wieder rentenversichern.</p>	<p>gezielt Alleinerziehende und ihre Kinder zu stärken. Alleinerziehende werden zudem mit dem einkommensteuerlichen Entlastungsbetrag gezielt unterstützt, und ihre Doppelbelastung aus Familien- und Erwerbsarbeit findet darin Anerkennung. Darüber hinaus unterstützt der qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.</p> <p>In der nächsten Legislaturperiode wollen CDU und CSU die finanzielle Situation junger Familien weiter spürbar verbessern, indem wir zusätzlich zur Einkommensteuersenkung von gut 15 Mrd. Euro den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen.</p>		<p>des Kindergeldes soll sicherstellen, dass die Leistungen auch bei den Kindern ankommen. Falls Erziehungsberechtigte hier Geld zweckentfremden, ermöglicht der eigenständige Anspruch des Kindes, das Geld anderweitig verwalten zu lassen, zum Beispiel von Verwandten oder dem Jugendamt. Zudem fallen durch die Bündelung der Leistungen unnötige bürokratische Hemmnisse weg.</p> <p>Die Altersvorsorge wollen wir nach dem Baukastenprinzip organisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsorge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt. Unser Berufsleben wird zudem immer bunter. Gerade in der digitalen Arbeitswelt warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen. Daher wird sich auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung möglich sein. Wer etwa aus der Anstellung in die Selbstständigkeit wechseln will, darf nicht benachteiligt werden, sondern muss zum Beispiel seine Riester-Förderung im „Rentenbaukasten“ behalten können.</p>	
--	---	--	--	--	--

Pflege

Die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs setzt genügend gut finanziertes Pflegepersonal voraus. Hier besteht ein großes Defizit: Nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di fehlen in deutschen Krankenhäusern 70.000 Fachkräfte in der Pflege. Zudem werden die Menschen, die in Pflegeheime kommen, immer älter. Daher sind sie gebrechlicher und leiden häufiger an dementiellen Erkrankungen als früher. Die Pflege wird zeitaufwendiger, und es fehlt an Fachkräften.

Die weiter wachsende Versorgungslücke in der Pflege wird in Deutschland von transnationalen Migrantinnen, vor allem aus Polen, gedeckt. Sie lassen ihre Familien zurück, um in Deutschland Geld zu verdienen, oft in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen.

Laut Umfragen würden 45 Prozent der Deutschen es vorziehen, daheim von einer Pflegekraft gepflegt zu werden, 29 Prozent möchten zu Hause von Angehörigen gepflegt werden. Bisher ist die finanzielle, zeitliche und organisatorische Unterstützung pflegender Angehöriger – in der Mehrzahl Frauen – höchst unzureichend. Auch fehlt eine rentenrechtliche Gleichstellung von Familienpflege- und Kindererziehungszeiten, spezielle Rehabilitationsangebote für pflegende Angehörige sind selten. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass mehr Pflegekräfte eingestellt werden? Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass dieses Mehr an Fachkräften ausreichend aus Versicherungsmitteln finanziert und nicht zu Lasten der Bewohner_innen gehen wird?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Wir wollen zügig ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Pflege auf den Weg bringen. Dazu gehören ein Sofortprogramm für mehr Pflegestellen in Krankenhäusern, verbindliche Regelungen zur Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich und bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für eine nachhaltige und solidarische Finanzierung der Pflegekosten schlagen wir die grüne Bürgerversicherung für die Pflege vor, bei der alle Bürgerinnen und Bürger sich nach	Durch die Pflegereform wurde dafür gesorgt, dass die Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen verbessert werden konnte. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wurde zum Anlass genommen, die Personalsituation in den Pflegeeinrichtungen vor Ort zu überprüfen. Bereits in 11 der 16 Bundesländer konnten Verbesserungen beim Pflegepersonalschlüssel vereinbart werden. Zudem muss die Selbstverwaltung in der Pflege bis zum 30. Juni 2020 ein fachlich fundiertes Verfahren entwickeln und erproben, mit dem besser bestimmt werden kann, wie viel und welches Personal es in einer Pflegeeinrichtung geben muss.	Wir bringen seit Langem Initiativen in den Bundestag ein, die zum Ziel haben, in Krankenhäusern mehr Pflegekräfte einzustellen. Die deutschen Krankenhäuser sind Schlusslicht in Europa bei den Nurse-to-Patient-Ratios. Um wenigstens in das untere Mittelfeld zu gelangen, bräuchten wir etwa 100.000 zusätzliche Vollzeitstellen. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, aber nach unserer Ansicht unumgänglich, wenn man die Sicherheit der Patientinnen und Patienten sowie gute Arbeitsbedingungen für die Pflegenden zum Ziel hat. Die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs setzt	Wir Freie Demokraten wollen die Attraktivität des Berufes steigern und fordern die Reduzierung des Aufwands für Bürokratie und Dokumentation, damit mehr Zeit für Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht. Die gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der professionellen Pflege muss erhöht werden. Pflegende tragen große Verantwortung, sind fachlich qualifiziert und sind körperlich und psychisch stark gefordert. Das muss sich in der Vergütung ihrer Arbeit widerspiegeln. Damit fördern wir die Attraktivität des Berufes. Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative	Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger und Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen, und setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern ein. Auch in der Pflege wollen wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und in der alle versichert sind. Und wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser

	<p>ihren finanziellen Möglichkeiten beteiligen und alle Einkommensarten berücksichtigt werden. Die Leistungen der Pflege-Bürgerversicherung werden regelmäßig an die Lohn- und Inflationsentwicklung angepasst, so wirken wir einseitigen Kostensteigerungen für Pflegebedürftige entgegen. Zusätzlich wollen wir die für den „Pflegevorsorgefonds“ vorgesehenen Beitragssatzmittel zur Finanzierung aktuell notwendiger Leistungen verwenden.</p>	<p>Zudem wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen deutlich zu erhöhen. Rund 49 000 Betreuungskräfte unterstützen heute die wichtige Arbeit der Pflegefachkräfte und verbessern damit den Pflegealltag spürbar. 2013 waren es noch 28 000.</p> <p>Durch den Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen werden wir mehr Pflegekräfte brauchen. Daher ist es gut, dass die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“, die Bund, Länder und Verbände angestoßen haben, Wirkung zeigt. Um mehr junge Menschen für die Pflege zu gewinnen, müssen die Anstrengungen weitergeführt werden. Dazu trägt auch die umfassende Modernisierung der Pflegeausbildung bei, durch die künftige Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen und im Krankenhaus besser auf die Herausforderungen ihres Berufs vorbereitet werden können und mehr Berufs- und Aufstiegschancen erhalten. Die neue Pflegeausbildung wird die Pflegefachkräfte dazu befähigen, die pflegerische Versorgung von Menschen über Altersgrenzen hinweg in allen Versorgungsformen in weiterhin hoher Qualität sicherzustellen. Ziel des neuen Pflegeberufsgesetzes ist es, die notwendige Grundlage für eine moderne und durchlässige Pflegeausbildung, eine weitere Verbesserung der Qualität in der Pflege und die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs zu schaffen. Mit dem Pflegeberufsgesetz soll eine neue berufliche Pflegeausbildung eingeführt und deren</p>	<p>genügend gut finanziertes Pflegepersonal voraus. Zudem werden die Menschen, die in Pflegeheime kommen, immer älter. Daher sind sie gebrechlicher und leiden häufiger an dementiellen Erkrankungen als früher. Die Pflege wird zeitaufwendiger, und es fehlt an Fachkräften. Die weiter wachsende Versorgungslücke in der Pflege wird in Deutschland von transnationalen Migrantinnen, vor allem aus Polen, gedeckt. Sie lassen ihre Familien zurück, um in Deutschland Geld zu verdienen, oft in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Laut Umfragen würden 45 Prozent der Deutschen es vorziehen, daheim von einer Pflegekraft gepflegt zu werden, 29 Prozent möchten zu Hause von Angehörigen gepflegt werden. Bisher ist die finanzielle, zeitliche und organisatorische Unterstützung pflegender Angehöriger – in der Mehrzahl Frauen – höchst unzureichend. Auch fehlt eine rentenrechtliche Gleichstellung von Familienpflege- und Kindererziehungszeiten, spezielle Rehabilitationsangebote für pflegende Angehörige sind selten. Zur Finanzierung schlagen wir die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung vor. Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen den gleichen prozentualen Teil ihres gesamten Einkommens einzahlen. Wer viel Einkommen hat, zahlt viel, wer wenig hat, zahlt wenig und wer kein Einkommen hat, zahlt nichts. Die Mehreinnahmen wollen wir in der Gesundheitsversicherung zu einem großen Teil für Beitragssatzsenkungen verwenden, aber auch Mehrleistungen wären einfacher finanzierbar. Der Beitragssatz würde um rund ein Viertel von 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent</p>	<p>Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnen wir ab. So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern. Wir Freie Demokraten wollen, dass bei Heil- und Pflegeberufen die Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen und nicht die Bürokratie. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen. So stellen wir eine menschenwürdige Begleitung sicher.</p>	<p>gegen Pflegerisiken absichern.</p>
--	--	--	--	--	---------------------------------------

		<p>Finanzierung unter besonderer Berücksichtigung von Schulgeldfreiheit und eines Anspruchs auf angemessene Ausbildungsvergütung einheitlich neu geregelt werden.</p> <p>Pflegekräfte leisten wertvolle Arbeit, wofür ihnen eine angemessene Vergütung zusteht. Damit Pflegekräfte eine faire Bezahlung erhalten, wurde gesetzlich festgelegt, dass Tariflöhne und Löhne bis zur Höhe des Tarifs von Pflegekassen und Sozialhilfeträgern als wirtschaftlich anerkannt und entsprechend finanziert werden müssen. Jetzt sind die Tarifpartner am Zug, damit die Verbesserungen den Pflegekräften schnell zugutekommen.</p> <p>Kinder pflegebedürftiger Eltern und sonstiger Angehöriger, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, wollen wir besser vor einer Überforderung schützen. Ein Rückgriff auf Kinder soll künftig erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen</p>	<p>sinken, wodurch 90 Prozent der Bevölkerung entlastet würden. In der Pflegeversicherung könnten bei gleichbleibendem Beitragssatz 12,5 Milliarden Euro jährlich zusätzlich eingenommen werden. Das hat jüngst Prof. Dr. Heinz Rothgang (Uni Bremen) mit Zahlen von 2013 errechnet; es ist also zu erwarten, dass derzeit noch deutlich größere Mehreinnahmen erzielt werden könnten. Von diesem Geld ließen sich geringere Eigenanteile, bessere Leistungen sowie bessere Arbeitsbedingungen finanzieren.</p>		
--	--	---	---	--	--

Was tut Ihre Partei, um ausländischen Pflegekräften angemessene Arbeitsbedingungen und –löhne zu garantieren?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	Der zu beobachtende Anstieg illegaler Beschäftigung in der häuslichen Pflege und Betreuung ist aus unserer Sicht, wie in jeder anderen Branche, inakzeptabel. Wir wollen bessere Voraussetzungen für legale Beschäftigung schaffen, u. a. durch eine leichtere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und ein Einwanderungsgesetz. Die Herausforderung bei der häuslichen Pflege und Betreuung	Ohne die wichtige Arbeit unserer Pflegekräfte würde das Gesundheitswesen in Deutschland nicht funktionieren. Mit einem hohen Maß an Professionalität und Fachkompetenz, aber auch an Einfühlungsvermögen sichern unsere Pflegekräfte die Versorgung der Pflegebedürftigen in unserem Land. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung und unseren Dank. Diese Wertschätzung muss ganz	DIE LINKE sieht den sogenannten „Grauen Pflegemarkt“ mit großer Sorge. Um ihn auszutrocknen braucht es energische Maßnahmen in verschiedenen Bereichen. DIE LINKE will eine Neuausrichtung der Arbeitsteilung zwischen Angehörigen, ambulanten Diensten und ergänzenden haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen. Aus „LIVE-IN“-Arbeitsverhältnissen muss	Wir Freie Demokraten lehnen Chancenungleichheit für ausländische Pflegekräfte ab. Wir wollen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Wer zum Beispiel als Flüchtling in	Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche

	<p>besteht darin, legale Lösungen zu finden, die Menschen ermöglichen, in Würde zu altern, die den Pflegekräften soziale Sicherheit bietet und gleichzeitig für die Familien und die Pflegeversicherung finanzierbar ist. Aus pflegepolitischer Sicht sehen wir auch das Signal, dass nach wie vor bezahlbare und flexible Dienstleistungen im ambulanten Bereich fehlen. Dazu gehören auch Rund-um-die-Uhr-Angebote. Wir wollen deswegen alternative Wohnformen weiter fördern und die Beratung pflegebedürftiger Menschen verbessern. Außerdem müssen pflegende Angehörige besser unterstützt werden.</p>	<p>konkret mit Leben gefüllt werden – nicht zuletzt durch gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Dafür haben wir in dieser Legislaturperiode wichtige Grundlagen geschaffen, die jetzt alle zusammen umsetzen müssen.</p> <p>Damit Pflegekräfte eine faire Bezahlung erhalten, wurde gesetzlich festgelegt, dass Tariflöhne und Löhne bis zur Höhe des Tarifs von Pflegekassen und Sozialhilfeträgern als wirtschaftlich anerkannt und entsprechend finanziert werden müssen. Jetzt sind die Tarifpartner am Zug, damit die Verbesserungen den Pflegekräften schnell zugutekommen.</p> <p>CDU und CSU setzen sich für ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt ein, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und – wo nötig – effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts.</p> <p>Wichtig ist, dass diejenigen, die tagtäglich andere pflegen, selbst gesund bleiben. Deshalb wurden die Leistungen der Krankenkassen für die betriebliche Gesundheitsförderung nahezu verdoppelt.</p> <p>Wir brauchen den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements gerade für die Pflege – Stichwort: „Pflege der Pflegenden“. Die professionelle Pflege alter und</p>	<p>reguläre Beschäftigung werden, die ab dem ersten Euro Entgelt der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Geringfügige Beschäftigung ist dabei ebenso wie die Beschäftigung in der Gleitzone der regulär sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gleichzustellen – damit werden reguläre Arbeitsverhältnisse attraktiver. Denn wir wollen verhindern, dass professionelle Pflege noch weiter durch meist geringer qualifizierte Midijobberinnen „ersetzt“ wird. Pflegesachleistungen müssen auch in Privathaushalten von ausgebildeten Pflegekräften erbracht werden. Allerdings wollen wir Abschlüsse von Arbeitsverträgen für haushaltnahe Dienstleistungen erleichtern und schrittweise verbindlich ausgestalten. Der Mindestlohn - oder bei Betreuungsleistungen der Pflegemindestlohn - dürfen nicht unterschritten werden. Die Berufsabschlüsse ausländischer Pflegekräfte sollen schneller und unbürokratischer anerkannt werden. Ihre Integration in den Beruf erfordert gebührenfreie Sprachkurse und gegebenenfalls Ergänzungsqualifikationen. Gleichwertige Arbeit soll auch in derselben Höhe entlohnt werden. Für alle ausländischen Pflegekräfte ist ein spezifisches Beratungs- und Koordinationszentrum einzurichten.</p>	<p>Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, soll daher schnell erfahren, was sein Abschluss hierzulande zählt. Zudem sollen Eingewanderte und potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung erhalten, sodass ihnen der Weg zur Anerkennung ihres Abschlusses konkret aufgezeigt wird. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen. Missbrauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn von zum Beispiel Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der Stammbeschaft angeglichen wird (Equal Pay).</p>	<p>Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern und zu gleichen Bedingungen hier arbeiten.</p> <p>Bei der Pflege in der Familie werden immer häufiger Dienstleistungen wie eine Haushaltshilfe in Anspruch genommen. Eine besondere Herausforderung stellen Arbeitsverhältnisse dar, in denen eine 24 Stunden-Pflege und -Betreuung im Haushalt realisiert wird. Hier wollen wir Alternativen entwickeln. Die bereits bestehende staatliche Unterstützung werden wir auf dieses Ziel hin ausrichten.</p>
--	---	--	--	---	---

		<p>kranker Menschen bedeutet eine starke körperliche Beanspruchung und psychische Belastung. Aus diesem Grund müssen die Arbeitsplätze in der Pflege entsprechend gestaltet und die Nutzung technischer Hilfsmittel zur Arbeitsentlastung ausgebaut werden.</p> <p>Damit Pflegekräfte mehr Zeit für die Pflegebedürftigen haben, unterstützt das Bundesgesundheitsministerium Pflegeeinrichtungen beim Abbau unnötiger Bürokratie durch eine vereinfachte Pflegedokumentation. Mehr als 11 000 Pflegeeinrichtungen nehmen bereits daran teil, das ist fast jede zweite Einrichtung in Deutschland.</p>			
--	--	--	--	--	--

Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um pflegende Angehörige umfassend zu unterstützen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
keine Antwort	<p>Wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat mehr Unterstützung und Wertschätzung verdient. Mit der grünen PflegeZeit Plus schaffen wir deshalb den Anspruch auf eine dreimonatige Auszeit mit Lohnersatz und bei Bedarf jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung für akute Situationen, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erleichtern.</p> <p>Um pflegende Angehörige in ihrem Alltag zu entlasten, wollen wir zusätzlich die Angebote für Beratung und Information, flexible Tages- und Nachtpflege sowie Hol- und Bringdienste ausbauen.</p>	<p>Die Mitglieder der eigenen Familie tragen eine besondere Verantwortung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb werden wir die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige weiter ausbauen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern und die Bereitschaft von Unternehmen weiter stärken, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen.</p> <p>Die Pflegeversicherung wird auch künftig einen angemessenen Teil der Pflegekosten ihrer Versicherten übernehmen. Wir haben die Pflegeversicherung umfassend modernisiert und zusätzliche finanzielle Mittel</p>	<p>Für DIE LINKE sind pflegende Angehörige nicht der Ersatzpflegedienst der Nation. Die beste Unterstützung für pflegende Familien sind mehr gut ausgebildete Pflegekräfte und bezahlbare, wohnortnahe professionelle Leistungsangebote. Dafür schafft nur eine Solidarische Pflegeversicherung eine nachhaltige Grundlage. Doch auch bei Leistungsverbesserungen bleiben Familienangehörige eine entscheidende Stütze für eine gelingende menschenwürdige Pflege. Niemand soll gezwungen sein, seine Berufstätigkeit aufgeben zu müssen. Deshalb wollen wir eine arbeitgeberfinanzierte, sechswöchige Freistellung wie im Krankheitsfall, wenn der Pflegebedarf erstmalig eintritt, um</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern den Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege. Der Grundsatz der Entscheidungsfreiheit muss auch in der Pflege erhalten bleiben. Die Pflege durch Angehörige soll genauso finanziert werden wie die Pflege durch ambulante Pflegedienste. Wir wollen dabei private Versorgungsarbeit stärker anerkennen. Wir wollen die steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (insbesondere Pflege- und Betreuungsleistungen) verbessern und damit die Vereinbarkeit von Familien und Beruf erleichtern sowie die Rolle der privaten Haushalte als Arbeitgeber stärken. Für angefallene Kosten soll dafür eine Steuerermäßigung von 50 Prozent statt 20 Prozent als Abzug von der Steuerschuld</p>	<p>Mehr Zeit für die Familie braucht einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“ im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung. Wir wollen eine Familienarbeitszeit für Pflegende ein. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die</p>

		<p>bereitgestellt. Wir haben die Pflegebedürftigkeit neu definiert, um den tatsächlichen Versorgungsbedarf und den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen besser berücksichtigen zu können. Wir haben dafür gesorgt, dass mehr Pflegefachpersonal in den Pflegeeinrichtungen eingestellt werden kann, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen nahezu verdoppelt wurde und die Bezahlung der Pflegekräfte nach Tarif gestärkt wird. Insgesamt wurden die Leistungen um 20 Prozent erhöht. Jährlich stehen 5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Bis zu 500 000 Personen zusätzlich können profitieren. Diesen Weg setzen wir fort.</p> <p>Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko für die Angehörigen werden. Seit dem 1. Januar 2017 erhalten mehr pflegende Angehörige als bisher einen Anspruch auf Rentenversicherungsbeiträge durch die Pflegeversicherung. Dieser Anspruch entsteht, wenn jemand Angehörige mindestens 10 Stunden pro Woche ohne Bezahlung pflegt. Auch der Schutz in der Arbeitslosenversicherung wurde verbessert. Wer seine nahen Angehörigen pflegt, muss die beste Unterstützung bekommen.</p> <p>Kinder pflegebedürftiger Eltern und sonstiger Angehöriger, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, wollen wir besser vor einer Überforderung schützen. Ein Rückgriff auf Kinder soll künftig erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.</p>	<p>die neue Lebenssituation zu organisieren. Auf Wunsch muss befristete Teilzeit mit einem uneingeschränkten Rückkehrrecht auf den angestammten Arbeitsplatz gesichert werden. Flexible Regelungen, wie Heimarbeit oder Arbeitszeitverlagerungen, wollen wir erleichtern. Diese Ansprüche sollen in allen Unternehmen, auch in denen mit weniger als 25 Beschäftigten, gelten. DIE LINKE will einen jährlichen Freistellungsanspruch während der gesamten Dauer der Pflegesituation. Darlehensregelungen zur Kompensation des Verdienstausfalls lehnt DIE LINKE ab, da Verschuldung nicht das Ergebnis einer Pflegebedürftigkeit sein darf. Lösungen in Anlehnung an das Elterngeld und in Abhängigkeit von den Pflegegraden stehen wir hingegen offen gegenüber. Darüber hinaus wollen wir eine deutlich bessere soziale Absicherung für alle pflegenden Angehörigen. Die bei Pflege zu erwerbenden Rentenansprüche sind deutlich anzuheben mit dem Ziel, die durch Pflege entstehenden Verluste in der Rentenhöhe zu kompensieren. Auch pflegende Angehörige, die bereits Rente beziehen – und dieser Anteil nimmt zu – sollen zusätzliche Rentenansprüche erwerben können. Die Solidarische Mindestrente der LINKE in Höhe von 1.050 Euro würde vielen pflegenden Angehörigen eine Grundsicherheit geben. Wir werden uns für mobile Rehabilitationsangebote und einen erleichterten Zugang zu stationären Rehaleistungen für pflegende Angehörige und auch für Menschen mit Pflegebedarf einsetzen. Medizinische Rehabilitation muss vom Arzt,</p>	<p>geltend gemacht werden können. Damit werden alle Familien gleich entlastet.</p>	<p>sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege.</p>
--	--	---	---	--	--

			ohne aufwendiges Antragsverfahren verordnet werden können.		
--	--	--	--	--	--

Alltags-Sexismus

Männer und Frauen in Deutschland sind gleichberechtigt, und niemand darf aufgrund des Geschlechts diskriminiert werden. Allen Gleichstellungsbemühungen seit Jahrzehnten zum Trotz halten sich insbesondere in der Werbung zutiefst sexistische Frauenbilder und Geschlechterstereotype. Sex sells – immer noch. Und so werden Frauen zu auch sexuell verfügbaren Objekten degradiert und damit zugleich diskriminierende, geschlechtshierarchische Frauenbilder erzeugt bzw. zementiert. Das unterläuft die grundgesetzliche Forderung nach Gleichberechtigung, verhindert Fortschritte beim gleichberechtigten Miteinander von Männern und Frauen in Beruf und Familie und bereitet darüber hinaus den gesellschaftlichen Boden für Gewalt gegen Mädchen und Frauen.

Bemühungen um Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen werden auch durch ein zunehmend exzessives Gender-Marketing unterlaufen, das den Verkauf von Produkten durch Konnotation mit vorgeblich „typisch weiblichen“ und „typisch männlichen“ Eigenschaften befördert. Auch durch diese ungebremste Verkaufsstrategie werden Mädchen und Frauen auf traditionelle geschlechtshierarchische Rollenbilder festgelegt. Vor diesem Hintergrund fragt EFiD:

Wie steht Ihre Partei zu Bestrebungen, ein Gesetz zum Verbot sexistischer Werbung zu schaffen?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
<p>Frage: Wie steht Ihre Partei zu Bestrebungen, ein Gesetz zum Verbot sexistischer Werbung zu schaffen? Wie will Ihre Partei dafür sorgen, dass Gender-Marketing nicht weiterhin die Gleichstellungsbemühungen in Deutschland unterläuft?</p> <p>Antwort: Zum Thema „sexistische Werbung“ und „Gender-Marketing“ gibt es keine Beschlusslage in der Bundes-AfD. Wir halten es jedoch für problematisch, gesellschaftspolitische Ziele durch staatliche Eingriffe in wirtschaftliches Handeln zu erreichen. Bestimmte Rollenvorstellungen zu fördern und andere zurückzudrängen, ist zudem grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates.</p>	<p>Schönheitsideale und Körpennormen, wie sie beispielsweise in der Werbung vermittelt werden, haben Auswirkungen auf unser Leben. Jungen und Mädchen, Frauen und Männer sollen möglichst frei von solchen Vorgaben leben können und nicht aufgrund ihres Äußeren Diskriminierung erfahren. Wir wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Nicht die Werbewirtschaft allein sollte definieren, was sexistisch ist und was nicht, sondern eine unabhängige Kommission, die anhand konkreter Kriterien Empfehlungen für die Werbewirtschaft abgibt.</p>	<p>Siehe unten</p>	<p>Die sexistische Darstellung von Frauen in der Werbung wirkt sich nicht nur auf die Selbstwahrnehmung und das Verhalten von Frauen aus, sondern führt allgemein zur Verfestigung von gesamtgesellschaftlichen Vorurteilen und bildet die Basis für individuelle und strukturelle Diskriminierungen von Frauen. Statt einem Gesetz will DIE LINKE die Einrichtung einer wirksamen unabhängigen Kontrolle außerhalb des Deutschen Werberats zur Unterbindung sexistischer Werbung.</p>	<p>Wie steht Ihre Partei zu Bestrebungen, ein Gesetz zum Verbot sexistischer Werbung zu schaffen? Wie will Ihre Partei dafür sorgen, dass Gender-Marketing nicht weiterhin die Gleichstellungsbemühungen in Deutschland unterläuft?</p> <p>Diese zwei Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.</p> <p>Wie bereits erläutert, setzen wir Freie Demokraten uns für die Gleichstellung und Chancengleichheit von Mann und Frau ein. Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat lehnen wir jedoch ab. Die bestehenden Möglichkeiten über den Werbe- und Presserat halten wir für ausreichend. Wir</p>	<p>Antwort auf die Fragen 1 und 2:</p> <p>Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.</p>

				glauben an einen Staat der jeder Bürgerin und jedem Bürger zutraut, für sich selbst Entscheidungen zu treffen. Geschmacksfragen lassen sich nicht per Gesetz regeln. Die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht für unmündig gehalten werden, deswegen lehnen wir ein Verbot von sexualisierter Werbung ab.	
--	--	--	--	--	--

Wie will Ihre Partei dafür sorgen, dass Gender-Marketing nicht weiterhin die Gleichstellungsbemühungen in Deutschland unterläuft?

AfD	Bündnis 90/Die Grünen	CDU CSU	Die Linke	FDP	SPD
siehe oben	Kindern wird in Deutschland eine Warenwelt, aufgeteilt in Blau und Rosa, mit Monstern und Glitzerherzen präsentiert. Hier wünschen wir uns zwar mehr Sensibilität der Wirtschaft, sehen aber vor allem die Erwachsenen in der Pflicht. Wir halten eine gesellschaftliche Debatte über Rollenklischees und Schönheitsideale in der Werbung für sinnvoll.	Obige und diese Frage werden gemeinsam beantwortet: CDU und CSU haben das Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter vollends voranzubringen und Diskriminierung von Frauen zu unterbinden. Bisläng gibt es keine Zahlen über das tatsächliche Vorkommen von Sexismus in der Werbung von Print-, Online- und visuellen Medien. Die Beschwerdezahlen, die beim Deutschen Werberat jährlich eingehen und die darauf resultierenden Rügen an die jeweiligen Unternehmen sind nicht repräsentativ. Wir setzen uns dafür ein, das Vorkommen und die Verbreitung sexistischer Werbung repräsentativ zu erfassen und prüfen dann, ob weitere Maßnahmen zu deren Verhinderung nötig sind.	Das um sich greifende Gender-Marketing hat schwerwiegende Folgen für die Selbstentfaltung von Mädchen und Jungen. Auch hierfür sollte es eine unabhängige Kontrollinstanz außerhalb des Deutschen Werberats geben (s. Frage 23). Im Rahmen eines bundesweiten Aktionsplans gegen Sexismus wollen wir außerdem Maßnahmen der geschlechtersensiblen Pädagogik ergreifen, wie bundesweit abrufbare Angebote zur schulischen Weiterbildung und Projekte der Jugendhilfe, um Rollenklischees frühzeitig aufzubrechen.	siehe oben	Antwort auf die Fragen 1 und 2: Tagtäglich werden wir mit überkommenen Rollenbildern, mit Sexismus in Sprache, Medien und Werbung konfrontiert. Wir werden dem Sexismus den Kampf ansagen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass der Werberat konsequent gegen Sexismus vorgeht und die bisherigen Instrumente evaluieren. Wenn notwendig, werden wir gesetzliche Maßnahmen ergreifen.